

forum

Rund
207

**Rund 4000 Stellen für
das Schuljahr
2021/2022 unbesetzt!**

**Lehrkräftemangel
verhindert
Bildungschancen.**

**Deshalb:
Attraktivität des
Berufs steigern!**

**GEW/
NRW.**

Liebe Kolleg*innen,

eigentlich sollte diese Ausgabe des „forum“ schon am 18.10. bei euch im Briefkasten gewesen sein.

Wie die meisten in unserer GEW arbeiten aber auch wir fünf Kolleg*innen in der „forum“-Redaktion ehrenamtlich in unserer Freizeit, um uns GEW-Mitgliedern aus Köln und Rhein-Berg vier Mal im Jahr ein forum zu bieten. Leider entfällt nun aufgrund des späten Erscheinungstermins der jetzigen Ausgabe unser nächstes forum Nummer 4 in diesem Jahr.

Leider standen unserer Planung diesmal zu viele Dinge im Weg, die ein pünktliches Erscheinen unmöglich gemacht haben. – Und das ausgerechnet mitten in der Tarifrunde zum TV-L! Dafür bitten wir um Nachsicht.

Verbinden möchten wir dies aber gerne mit der herzlichen Einladung zur Mitarbeit an unserem Magazin von und für die Mitglieder der GEW im Kölner Stadtverband und dem Kreisverband Rhein-Berg. Meldet euch einfach in der Kölner Geschäftsstelle unter kontakt@gew-koeln.de. Jeder Beitrag ist willkommen. Wir freuen uns auf euch!

Was den TV-L angeht, so war ja bereits die letzte „forum“-Ausgabe darauf ausgelegt, zur Information und Mobilisierung der Kolleg*innen zu dienen.

Seither ist einiges passiert: Die Lehrkräfte in Hessen, die im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, haben ihre Tarifrunde bereits hinter sich gebracht. Hierzu finden sich in dieser Ausgabe erste Einschätzungen in der Rubrik TITELTHEMA.

Ob die Bundestagswahl von Ende September dazu führen wird, dass nun alle drängenden Probleme beim Klima, den sinkenden Reallöhnen (durch die Inflation) oder den steigenden Kosten für unseren Wohnraum gelöst werden, darf geflissentlich bezweifelt werden. Unabhängig von jeder Regierungskonstellation wird es weiterhin an uns liegen, ob das Leben und die Arbeit besser oder schlechter werden!

Hilfreich kann dabei die organisierte und koordinierte Arbeit unter Gleichgesinnten in der Gewerkschaft sein.

Wir sind sicher, dass auch die nun vorliegende „forum“-Ausgabe zahlreiche Ansatzpunkte und Motivation liefert, um sich aktiv einzubringen!

Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?

*In diesem Sinne verbleiben wir mit GEWerkchaftlichen Grüßen.
Eure „forum“-Redaktion*

forum 3-2021

IN KÜRZE	4
KONTAKTE	5
TITELTHEMA	
Übersicht zum TV-L	6
TV Stud	7
Interview mit dem GEW-Verhandlungsführer	8
Versetzung nach Hessen wegen des TV-L in NRW	10
Drei Fragen an die Mitglieder	12
Das Recht auf Streik	14
AUS DEN GREMIEN	
Unsere neue Landesvorsitzende kommt aus Köln	15
#IhrFehlt	16
Aktion der Fachgruppe OGS	20
Brief des GfV an Bürgermeisterin Reker	21
Antrag Jobticket	21
Dr. Azubi	22
Der CSD 2021	23
AK Schulentwicklung	25
Betriebsratswahlen 2022	27
GESELLSCHAFT	
Reden ist Silber ...	28
Polizei gegen Kritik am Versammlungsgesetz	30
Berlin soll enteignen!	31
INTERNATIONALES	
HKPTU löst sich auf	32
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	36



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur),
Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst,
Ines Bartenstein
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07
Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln
Layout: Atelier Goral, Köln



Ihr könnt das „forum“ auch als digitale Version per E-Mail beziehen (schickt dazu einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de) oder nach Erscheinen den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nutzen.

Buchtipps:



Das schönste Kleid der Welt

Als Anna geboren wird, passiert etwas Seltsames: Die Ärztin sagt, sie sei ein Junge. Ihre Eltern nennen sie daher Paul. Anna ist trans*. Das Buch erzählt Annas Geschichte von ihrer Geburt bis in ihre Schulzeit. Dass sie zunächst für einen Jungen gehalten wird, ist für die kleine Anna kaum greifbar, erst langsam formieren sich Erwartungshaltungen und mit ihnen treten Konflikte auf. Ihre Welt verändert sich. Die Befreiung kommt bei einem Hosenkauf, als Anna auf einem Kleid besteht. Sie nimmt all ihren Mut zusammen und offenbart sich ihrer Mutter: „Mama, weißt Du denn nicht, dass ich ein Mädchen bin?“ Ihre Mutter reagiert so, wie es sich wohl alle trans* Kinder wünschen würden ...

„Das schönste Kleid der Welt“ – die Geschichte von Anna, die von allen „Paul“ genannt wird, weil niemand weiß, dass sie ein Mädchen ist. Das Buch ist im Verlag 100 % Mensch erschienen und für Kinder ab 4 Jahren sowie Erzieher*innen, Pädagog*innen und Eltern geeignet.

Das schönste Kleid der Welt

Text: Holger Edmaier, Illustration: Kai D. Janik
56 Seiten, 1. Auflage 2021, Stuttgart, Verlag 100 % Mensch
ISBN 978-3-9819175-0-5

Ein Exemplar des Buches verschenken wir an interessierte Erzieher*innen oder Pädagog*innen, die sich einfach bei uns melden müssen (kontakt@gew-koeln.de).

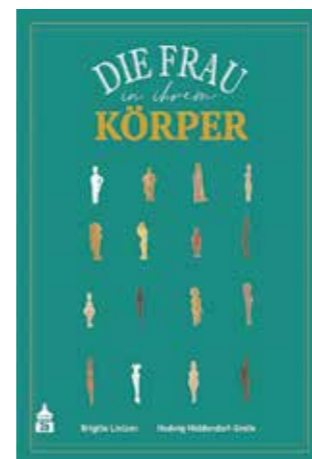
Die Frau in ihrem Körper

Gerade weil in unserer Gesellschaft der weibliche Körper als Medium sozialer und sexueller Attraktivität gesehen wird, gewinnt Körperlichkeit für Mädchen in der Pubertät eine besondere Bedeutung. Oft zeigen Mädchen gerade in dieser Altersphase starke Verunsicherungen und Selbstzweifel und entwickeln einen Defizit-Blick ihrem Körper gegenüber. Hier ist es wichtig, ihnen verschiedene Möglichkeiten anzubieten, um sich in unterschiedlichsten Situationen zu erfahren, Grenzen klar zu setzen, aber auch Herausforderungen anzunehmen und ihren eigenen Gefühlen zu trauen. Was aber Schule, Sozialarbeit und Therapie tun können, um Mädchen in dieser schwierigen Phase bei ihrer Identitätsfindung zu helfen, zeigt das hier vorliegende Konzept. Es begegnet den Aufgaben und Problemen der Mädchen mit einem Angebot an körperorientierten Übungen zur Selbsterfahrung mit dem Ziel, ihnen ein positives Körperbild zu vermitteln und ihre Gesamtpersönlichkeit zu stärken. Für die praktische Arbeit mit Mädchen bietet das Buch viele Anregungen und Hinweise sowie Karteikarten zu relevanten Themen wie: Körper, Gefühle, Grenzen, Mut und Selbstbehauptung.

Das Buch richtet sich an Pädagoginnen, Sozialarbeiterinnen und Therapeutinnen, aber auch Männer sind herzlich eingeladen, dieses Buch zu lesen, Übungen und Spiele z. B. für ihre Jungenarbeit abzuwandeln oder eigene Konzepte dafür zu entwickeln.

Die Frau in ihrem Körper

Lintzen, Brigitte; Middendorf-Greife, Hedwig
228 S mit zahlr. Abb. und 61 Karten, 3. überarb. Aufl. 2021 Hohengehren, Schneider Verlag; ISBN: 978-3-8340-2136-6



Neu

+++ Neu +++ Online-Kalender +++ Neu +++

Unser neuer Online-Kalender ist seit September 2021 aktiv und leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen. Versammelt sind hier alle wichtigen GEW-Termine auf einen Blick, ob Fachgruppentreffen, Vorstandssitzung, Tarifrunde oder Gewerkschaftstag - leicht durch farbige Einteilungen voneinander zu unterscheiden. Mit Hilfe der iCalendar-Feeds können die Termine in anderen Kalendern wie z. B. Microsoft Outlook, Google-Kalender, Thunderbird oder Apple iCal importiert werden. Ebenfalls könnt ihr die App für euer Mobilgerät (Android/Apple) herunterladen. <https://kalender.digital/ded239339c2a7f2a0400>



Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326,
thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer,
lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Nick Bauermeister
bauermeister@posteo.de

Eva Caspers
ecaspers@web.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693
thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556
katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633,
fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,
claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Esther Trost
esthertröst@posteo.de

Sarah Karim
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch
ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,
maren.bennemann@154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Jettke,
rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,
henning.m.frey@web.de

Julian Gurster
julianguerster@gmx.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Julian Gürster
julianguerster@gmx.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder,
treder.silvia@gmail.com

Hasan Yildirim
hhyildirim@web.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,
a.kloekener@online.de

Hans Raatz,
raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

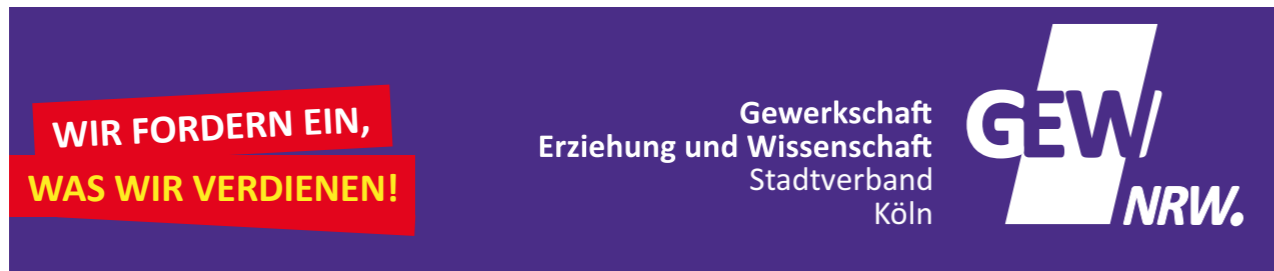
SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Anne Ratzki, annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu,
stefan.schueller@gmx.net





++++ tarifbeschäftigte Lehrkräfte +++++ Hochschulbeschäftigte +++++

Wir haben in der Krise die Bildung am Laufen gehalten, wir haben trotz widriger Umstände und immenser Mehrbelastung dafür gesorgt, dass unseren Schüler:innen und Studierenden die bestmögliche Bildung zu Teil wird.

Wir haben alles gegeben - JETZT SIND WIR DRAN!

WIR FORDERN VON DEN ARBEITGEBERN:

- 5 % mehr Gehalt – mindestens 150 €
- Laufzeit von 12 Monaten
- Stufengleiche Höhergruppierung unter Mitnahme der Stufenlaufzeit
- Faire Gestaltung der Entgeltstufe 6
- Verhandlungszusage über einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud)

Obwohl wir dieselbe Arbeit leisten wie unsere verbeamteten Kolleg:innen, müssen wir **tarifbeschäftigten Lehrkräfte** an Schulen im Vergleich massive Einbußen an Gehalt und Rente hinnehmen. Wir **Hochschulbeschäftigten** sind fast zu 90 % befristet beschäftigt und stemmen unsere Lehre und Forschung trotz dieser finanziellen und vertraglichen Unsicherheit.

DESHALB KÄMPFEN WIR FÜR DAS, WAS UNS ZUSTEHT!

Sei auch du solidarisch und unterstütze unsere Forderungen! Mach ein Selfie mit der Rückseite dieses Flyers und schick es uns an kontakt@gew-koeln.de. Mit dem Absenden erklärst du dich einverstanden, dass wir es auf unserer online-Bilderwand veröffentlichen dürfen!



Berlin brennt, Köln pennt

– das war einmal: Die TVStud-Initiative wächst überall in Deutschland
//Jan Diers, TVStud-Initiative



TV Stud beim 1. Mai 2021 bereits dabei

Nicht selten schaut die deutsche Gewerkschaftsbewegung neidisch ins „rote Berlin“ – und das dürften auch die studentischen Hilfskräfte an der Uni Köln tun, wenn sie ihre Vergütung mit denen der SHKs in Berlin vergleichen. 10,20 Euro Stundenlohn stehen da 12,68 Euro gegenüber. „Wir machen das so wie in Berlin“, so geht es meistens los, wenn sich SHKs an deutschen Hochschulen organisieren. Etliche TV Stud-Initiativen existieren mittlerweile bundesweit, und sie alle haben das große Vorbild aus der Hauptstadt. Nach 40 Streiktagen konnten sich die studentischen Beschäftigten in Berlin 2018 endlich durchsetzen und die Blockade des Landes brechen, 15 Jahre Lohnstillstand wurden beendet und der neue Tarifvertrag „TV Stud III“ war bald in trockenen Tüchern: Eine Erweiterung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall von 6 auf 10 Wochen, die Erhöhung des Urlaubsanspruchs von 25 auf 30 Arbeitstage jährlich und vor allem: Die Löhne steigen bis 2022 von 10,98 Euro auf 12,96 Euro, eine Erhöhung um mehr als 18 Prozent.

Die neue TV Stud-Initiative in Köln ist nicht der erste Anlauf, schon 2018 startete die DGB-Hochschulgruppe an der Uni Köln Mobilising-Versuche, man klapperte Büros ab, versuchte SHKs für die für Verhandlungen so wichtige Gewerkschaftsmitgliedschaften zu gewinnen. Wenig verwunderlich zeigte sich die Uni unkooperativ und wollte die Initiative schon im Keim ersticken, indem sie sich beispielsweise weigerte, Infor-

mationen über die Anzahl der studentischen Beschäftigten herauszugeben.

Schätzungsweise sind es nicht weniger als 2.000 Studierende, die in Bibliotheken, an Lehrstühlen und vielen weiteren Stellen einen großen Beitrag dazu leisten, den akademischen Betrieb der Uni Köln am Laufen zu halten. Verwunderlich ist das Verhalten der Uni daher nicht, denn wohin organisiert und am Ende, Gott bewahre, vielleicht sogar streikende SHKs führen können, musste das Land Berlin zu spüren bekommen. Wenn plötzlich keine Tutorien mehr stattfinden, Bibliotheken früher schließen und die gesamte Forschung auf die Bremse treten muss, werden auch Hochschulrektor*innen, Bildungs- und Finanzpolitiker*innen irgendwann nervös.

Von einem studentischen Tarifvertrag profitieren aber am Ende nicht nur die betroffenen Studis. Gewerkschaften wissen, dass Solidarität im Hochschulbetrieb nicht von 0 auf 100 funktioniert. Wer schon als Studierender Solidarität erfährt, Gewerkschaften an seiner Seite wähnt und die Erfolge von Mitbestimmung am Ende auch auf dem Konto und im wohlverdienten Urlaub spürt, wird dies auch während einer möglichen akademischen Laufbahn im Anschluss nicht vergessen. Der Kampf für einen TVStud ist also ganz klar auch eine gute Basis für einen starken Organisationsgrad im Mittelbau und für viele Studis Eingangstür zum aktiven gewerkschaftlichen Engagement. Umso mehr freut es uns, dass die GEW sich in der aktu-

ellen Tarifrunde solidarisch zeigt und den Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in ihre Forderungen aufgenommen hat!

Zweiklassengesellschaft endlich beenden - eine gleiche Entlohnung der SHKs an allen Hochschulen ist längst überfällig

Denn am Ende sind die Forderungen der TVStud-Initiativen kein Hexenwerk. Existenzsichernde Löhne, Urlaubsansprüche und Lohnfortzahlungen bei Krankheit sind überall dort, wo Bund oder Länder als Arbeitgeber auftreten, schon seit Jahrzehnten absoluter Standard. Der bisherige Nachteil der Studis war ganz einfach: Mit ihnen konnte man es ja machen. Diese „Zweiklassengesellschaft“ wollen wir endlich beenden. Und für das Ende von Kettenbefristungen kämpfen wir doch sowieso alle.

TV Stud Köln, das ist bisher eine bunte Gruppe aus hochschulpolitisch Aktiven, SHKs und solidarischen Gewerkschafter*innen. Und egal, ob ein Berlin, das schon im Ziel ist, Hamburg auf halber Strecke oder Köln am Anfang: Jetzt muss es darum gehen, auch eine junge Generation für Mitbestimmung zu begeistern. Diesen Weg will TV Stud gemeinsam mit den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern gehen, denn am Ende gewinnen wir alle, wenn es an den Hochschulen gerechter zugeht.

Was GEWinnen wir?

Fast alle Bundesländer vergüten ihre Beschäftigten im Angestelltenverhältnis nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L). Nur Hessen hat einen eigenen Landestarifvertrag. Dieser wurde bis Anfang/Mitte Oktober neu verhandelt. Dazu ein Interview mit GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz. Mit ihm sprach // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

forum: Lieber Kollege Merbitz, die Verhandlungsrunde zum TV-H war vergleichsweise schnell schon wieder zu Ende. Was konnten wir durchsetzen?

DANIEL MERBITZ: Es waren sehr anstrengende Verhandlungen. In Verhandlungen in komplizierten Zeiten. Das Ergebnis hat Licht und Schatten. Noch in diesem Jahr erhalten die Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro. Eine zweite Corona-Sonderzahlung in derselben Höhe wird spätestens im März 2022 ausgezahlt. Die Tabellenentgelte im Bereich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) werden in zwei Schritten erhöht. Zum 1. August 2022 steigen sie um 2,2 Prozent, zum 1. August 2023 um weitere 1,8 Prozent, mindestens 65 Euro. Die Laufzeit der Regelung beträgt 28 Monate bis zum 31. Januar 2024.

Unter anderem ist es endlich gelungen, eine tarifliche Regelung zur Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte abzuschließen. Während in allen anderen Bundesländern die Eingruppierung seit mehreren Jahren durch einen Tarifvertrag festgelegt ist, war das in Hessen nicht der Fall. Bisher regelt ein einseitig durch das Land festgelegter Erlass die Eingruppierung der rund 11.000 angestellten Lehrkräfte in Hessen. Die GEW und das Land Hessen hatten seit September 2020 über spezifisch hessische Tarifregelungen verhandelt. Die neue Lehrkräfte-Eingruppierung tritt am 1. August 2022 in Kraft und bringt viele Verbesserungen. Zudem sollen Gespräche geführt werden, um Befristungen an den Hochschulen einzudämmen. Wichtig ist die politische Zusage der Landesregierung, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt*innen übertragen wird. Denn solange wir nicht das Streikrecht für diese Statusgruppe haben, geht es nicht anders. Aber wir sind beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, um das in der BRD bestehende Streikverbot für Beamt*innen zu kippen.

*forum: Was sagen die Kolleg*innen zu dem Tarifergebnis?*

D.M.: Wie immer nach Tarifrunden: Es gibt Zustimmung, aber auch Kritik. Meine Wahrnehmung ist, dass es im Kern eine positive Resonanz gibt. Unsere Mitglieder leben nicht im luftleeren Raum, sie können die Lage sehr gut einschätzen. Grundsätzlich gilt: Mehr ginge immer. Es sind aber Verhandlungen, die am Ende des Tages auch die Kräfteverhältnisse widerspiegeln.

GEWINNEN

forum: Ist das hessische Tarifergebnis eine Richtschnur für den dann bundesweit (außer in Hessen) geltenden TV-L?

D.M.: Dies ist schwierig zu beantworten, da es sich um zwei mittlerweile auseinandergegangene Tarifwelten handelt. Richtig ist, wir werden an dem Hessen-Abschluss gemessen. Und wir haben Sonderprobleme, die wir mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) lösen müssen. Ich denke da an die stufengleiche Höhergruppierung, die es in Hessen bereits gibt. Für die GEW ist auch die vollständige Paralleltabelle für die Bezahlung angestellter Lehrkräfte sehr wichtig. Der Besoldungsgruppe A 12 muss die Entgeltgruppe 12 zugeordnet werden statt wie bisher die Entgeltgruppe 11. Wir brauchen einen tarifvertraglichen Schutz für die vielen studentischen Beschäftigten. Berlin hat gezeigt, dass Tarifbindung für studentische Beschäftigte durchgesetzt werden kann. Und noch etwas: Auch auf unsere vielen verbeamteten Mitglieder hat die Tarifrunde der Länder direkte Auswirkungen. Wir erwarten die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Besoldung. Deshalb ist es so wichtig, dass sich die Beamt*innen an Schulen und Hochschulen an den Aktionen beteiligen. Zwar dürfen sie nicht in den Arbeitskampf gehen. Aber sie können an den Kundgebungen teilnehmen, sich in den sozialen Medien einbringen, Mitglieder werben, keine Vertretungsstunden für Streikende übernehmen und vieles mehr. Setzen wir gemeinsam ein Signal der Solidarität!

forum: Letzten Monat nun hat die Inflation unsere zuvor beschlossene Tarifforderung nahezu aufgefressen. Was ist zu tun?

D.M.: Wir haben die Entwicklung der Inflation verstärkt in den Blick genommen. Auch das Argument der Schuldenbremse trägt nicht, denn wir befinden uns in einer ökonomisch besonderen Situation. Es wäre ein politischer Totalschaden, wenn die Länder versuchten, mit einem niedrigen Tarifabschluss während der Corona-Krise zu sparen. Genau das Gegenteil ist richtig: Bei stark steigender Inflation darf es keine faktischen Minusrunden geben.

*forum: In Hessen haben die Kolleg*innen eine steuer- und abgabenfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro erkämpft. Eine zweite Corona-Sonderzahlung in derselben Höhe wird spätestens im März 2022 ausgezahlt. Was dürfen wir diesbezüglich für den TV-L erwarten?*

D.M.: Da habe ich leider keine Glaskugel. Aber ohne Arbeitskampf werden wir nichts bekommen. Einmalzahlungen sind leider nicht tabellenwirksam. Sie haben einen Einmal-Effekt. Deshalb bin ich auch kein überzeugter Freund dieses Instruments. Ist ein bisschen wie die Büchse der Pandora. Wir haben sie 2020 beim Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) aufgemacht - und bekommen sie nicht mehr zu. Aber sie wird aufgrund der steuer- und sozialrechtlichen Privilegierung von den Mitgliedern positiv wahrgenommen. Ich hoffe, dass es kein Einstieg in eine neue Einmalzahlungsära in den nächsten Jahren wird. Du siehst mich also kritisch.

forum: Beim TV-H wurde zudem erreicht, dass das kostenlose Landesticket für die Laufzeit des Tarifvertrages weiterhin an die Beschäftigten des Landes ausgegeben wird. Was dürfen wir in dieser Hinsicht hier in NRW erwarten? Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist schließlich ein probates Mittel gegen den Individualverkehr, sprich: den Klimawandel.

D.M.: Grundsätzlich ja. Aber die Arbeitgeber haben unterschiedliche Interessen und - ehrlicherweise - unsere Mitglieder auch. Ich sage nur als Stichwort: Die mittlerweile ausgedünnten Angebote des ÖPNV im ländlichen Raum. Ich finde, man muss zunächst einmal einen guten und starken ÖPNV in der Fläche und im Stadtraum einfordern.

„Der TV-L brachte mich dazu, in NRW die Zelte abzubauen ...“

Wie dramatisch die Auswirkungen des „Tarifvertrags der Länder“ (TV-L) gerade unter den angestellten Lehrkräften in NRW sind, zeigen Beispiele von Kolleg*innen, die sich die Netto-Lohnlücke zwischen Angestellten und Beamt*innen nicht mehr leisten wollten. Mit einem Gesamtschulkollegen, der in NRW kündigte, um im benachbarten Hessen eine neue Stelle anzutreten, sprach // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

„forum“: *Wilfried, du bist mittlerweile schon wieder zurück in NRW und arbeitest an einer Gesamtschule in Bonn. Kann man sagen, dass der TV-L dich zuvor sozusagen zum Wirtschaftsflüchtling gemacht hat?*

WILFRIED MÜLLER-RADTKE (WMR): So war das! 2008 war ich mit dem Referendariat in Bonn fertig und da kam der TV-L mit einem Minus beim Lohn von rund 30 % im Vergleich zu verbeamteten Lehrer*innen und minus knapp 20% im Vergleich zu angestellten Lehrkräften nach dem alten Bundes-Angestellten-Tarif BAT. Hessen verbeamtet bis 50 auf Lebenszeit und zahlt nach A 13 – in NRW bekomme ich das nicht, sondern A 12, was ich bei meiner Rückkehr auch unterschreiben musste, es ist alles in allem aber immer noch besser als der TV-L.

„forum“: *Das heißt in Zahlen?*

WMR: Das heißt netto rund 300 Euro mehr – und es wären nochmal 300 mehr, wenn NRW die Arbeit auch so anerkennt wie Hessen und A 13 zahlt statt A 12.

„forum“: *Magst du beschreiben, wie du dann nach Hessen gekommen bist?*

WMR: Damals, zum Ende des Referendariats, hatte ich mich auch online zentral in Hessen beworben und meine Daten angegeben. Die damalige Leiterin der Integrierten Gesamtschule im hessischen Wetter hatte ziemlich genau ein Jahr später, Anfang Juli 2009, bei mir angerufen. In NRW arbeitete ich da als Lehrer nach meinem abgeschlossenen Referendariat bereits seit einem Jahr an der damaligen Verbundschule in Swistal-Heimerzheim im Rhein-Sieg-Kreis. Bezahlt wurde ich nach TV-L. Die Schulleiterin aus Hessen kam bei ihrem Anruf sofort auf den Punkt: Sie habe meine Online-Bewerbung für Hessen gesehen und ihre Frage weiß ich noch ganz genau: „Wollen Sie an unsere Schule wechseln und die Leitung einer Klasse 5 übernehmen, bezahlt nach A 13 und verbeamtet auf Lebenszeit?“. Meine Antwort war: „Ja!“. Und dann bin ich fünf Jahre dort geblieben. Bei meiner Frau und unserer Tochter war ich in dieser Zeit der „Wochenend-Spaß-Papa“ und Wochenend-Ehemann. Mit rund 600 Euro mehr Geld aus Hessen lebte ich dort in Marburg unter der Woche in einer Zweitwohnung und habe da jede Menge Zeit für die Schulvor- und -nachbereitung gehabt. Doch für meine Familie mit Frau und Tochter habe ich mich ab 2013 um eine Rückübergabe von Hessen nach NRW bemüht und das hat 2014 mit meiner Rückkehr nach Bonn geklappt, wo ich seitdem an einer ebenfalls Integrierten Gesamtschule unterrichte.

In Hessen bekam ich für dieselbe Arbeit rund 600 € netto mehr: 300 € weil ich verbeamtet wurde und nicht mehr Angestellter war, 300 € weil ich als Beamter A 13 statt A 12 bekam.

Bei meiner Rückkehr nach NRW blieb ich Beamter, wurde aber von A 13 auf A 12 zurückgestuft.

„forum“: *Ging das alles „mal eben so“?*

WMR: In NRW war ich nach TV-L angestellt und musste von meiner damaligen Schule eine Bescheinigung vorlegen, dass man mich nicht brauche. Das war natürlich keineswegs der Fall, doch wegen der Chance, die mir sonst genommen worden wäre, hat sich die Schulleitung dann doch zu dieser Erklärung durchgerungen. Damit musst du dann wieder die zuständigen Stellen um Freistellung aus deinem Angestellten-Verhältnis bitten, was auch geklappt hat. Ohne das kannst du in Hessen keinen Vertrag unterschreiben und wirst auch nicht als Beamter eingestellt. Das bist du erst auf Probe und dann nach drei Jahren und einer Unterrichts-Prüfung bist du verbeamtet auf Lebenszeit fest eingestellt. Es gab allerdings Vereinbarungen zwischen den einzelnen Bundesländern, solche Wechselwünsche von A nach B oder von B nach A Bundesländergrenzen überschreitend „wohlwollend“ zu bearbeiten. Das hat bei mir auch gut geklappt. Erst von NRW nach Hessen und fünf Jahre später wieder von Hessen zurück nach NRW. Und da nimmt man seinen Beamtenstatus mit, egal, wie alt man dann ist. Die vergleichsweise schlechtere Bezahlung nach A12 statt A13 in Hessen ist allerdings ein Wermutstropfen. Wenn du nicht schriftlich erklärst, dass du mit der weniger guten Bezahlung einverstanden bist, kannst du nicht (zurück) wechseln.

„forum“: *Wenn du das alles so erzählst – wie denkst du dann über den Umgang, den das Land NRW mit seinen angestellten Lehrkräften „pflegt“?*

WMR: Das zeigt, finde ich, die GEW mit ihrem Stabhochspringer-Plakat zur Lehrereinstellung sehr gut! Der Stab, der für das Überqueren der Sprunglatte da oben entscheidend hilft, ist nur ein Stummel. Darunter steht: Wer hohe Ziele hat, darf nicht am falschen Ende sparen.

NRW spart nach meiner Ansicht doppelt und dreifach am falschen Ende: Es war hier in NRW eine Verbeamtung bis 45 üblich, die dann 2009 fast genau parallel mit dem TV-L als Spartarif auf 35 herabgesetzt wurde. Jürgen Rüttgers von der CDU hat gesagt, er sehe die Zukunft NRW in Lehrer*innen. Später wurde damit begründet, die Verbeamtung doch wieder bis 40 Jahren zu ermöglichen. Doch dass es so immer noch fünf Jahre weniger sind, haben offenbar viele durchschaut. 2010 ist Rüttgers dann nicht mehr wiedergewählt worden.

Falsch ist auch die Ungleichbezahlung (A 12 in NRW statt A 13 in vielen anderen Ländern). Dort scheint die Lehreraufgabe mehr wert zu sein.

Dass das verkehrt ist, hat NRW offenbar schon selbst begriffen und dabei – man möchte sagen wie gewohnt – getrickelt: In einem zeitlich engen Korridor bekamen Lehrkräfte, die genau diese A 12-statt-A 13-Ungleichbehandlung ebenfalls erleben müssten, Post. Darin stand, dass es dafür Ausgleichszahlungen geben wird und die hat es auch wirklich so gegeben – aber weiterhin nur für diesen kleinen Zeitraum. Meine Anfrage bei der zuständigen Stelle, dass es dann doch bitte – wenn schon, denn schon – nicht abermals zur Ungleichbehandlung kommen darf sondern alle gleiches Geld bekommen, wurde lapidar beantwortet, dass ich bei der Thematik nicht mit hinzugezogen werden könne. Um im Plakatbilde zu bleiben: Eine stummelige Begründung, die NRW für Lehrer*innen kaum attraktiver macht. Interessieren würde mich auch, was NRW mit dem einbehaltenen Geld macht, also wo es bleibt!

Was macht NRW eigentlich mit dem bei den angestellten Lehrkräften einbehaltenen Geld? – Wo bleibt es?

3 Fragen an ...

Es beginnt die „heiße Phase“ der neuen Tarifrunde TV-L 2021. Deshalb haben wir unsere Kölner GEW-Mitglieder, die verbeamtet oder angestellt an Schulen und Hochschulen beschäftigt sind, zum schwierigen Thema des Streikens befragt, um so eventuell Kolleg*innen eine Hilfestellung anzubieten.

Die Fragen lauteten:

1. Welche Möglichkeiten haben beamtete Lehrkräfte, die Tarifrunde der angestellten Lehrkräfte zu unterstützen?
2. Was passiert, wenn der Unterricht von angestellten Kolleg*innen, die aufgrund ihrer Teilnahme an einem Streik nicht in der Schule sind, von ihren beamteten Lehrkräften vertreten wird?
3. Darf man sich als beamtete Lehrkraft weigern, Unterricht zu vertreten, der ausfällt, weil ein*e angestellte*r Kolleg*in am Streik teilnimmt?

Die Antworten:

Beamtin:

zu 1. Man kann ihnen Mut machen an dem Streik teilzunehmen.

zu 2. Das weiß ich nicht. Wir haben nur einen festangestellten Lehrer und der hat nur sehr wenige Stunden in der Oberstufe, die entfallen dann. Ansonsten sind die anderen angestellten Lehrkräfte Vertretungslehrkräfte. Die streiken nicht (und das kann ich auch verstehen).

zu 3: Ja, das dürfen sie. Aber hier haben viele die Befürchtung, dass sich das dann auf die mögliche Karriere auswirkt, deshalb würden bei uns die meisten sicherlich die Vertretung trotzdem machen.

Beamtin:

zu 1. in der GEW sein

zu 2. schlechterer Unterricht

zu 3: nein

Beamter:

Leider weiß ich keine Antworten auf die drei Fragen, außer dass man als Beamtin oder Beamter eben nicht als „Streikersatz“ eingesetzt werden darf. Oder stimmt das nicht mehr?

Angestellte:

zu 1. Ich glaube, die beamteten Lehrer können sagen, dass sie den Unterricht der streikenden Angestellten nicht vertreten möchten. Ich glaube, sie können auch im Sinne der Angestellten die Listen mit Streikforderungen unterschreiben.

zu 2. Ich weiß nicht, was/ob dann etwas passiert.

zu 3: Ich weiß nicht, ob die beamteten Lehrer sich weigern dürfen.

Angestellte:

Sind diese Fragen tatsächlich ernst gemeint?

zu 1. Beamtete Lehrkräfte können nicht streiken. Sie können allerdings ablehnen tarifbeschäftigte Kolleg*innen, die sich im Streik befinden, zu vertreten. Außerdem können sie natürlich Informationen (Plakate, Flyer) zum Streik verbreiten. Auch ein Besuch von Kundgebungen ist außerhalb der Dienstverpflichtungen möglich.

zu 2. Nicht viel, eventuell Unterricht, eventuell können Kolleg*innen Mehrarbeit abrechnen, eventuell ärgern sich Kolleg*innen, dass sie zur Vertretung eingesetzt sind.

zu 3: Ja. Macht aber niemand (meine Erfahrung).

Warum stellt ihr solche banalen Fragen? (Anmerk. d. Redaktion: Die unterschiedlichen Antworten zeigen, dass bei diesen Fragen durchaus noch Hilfestellungen und Antworten unsererseits nötig sind. Viele verbeamtete und jüngere Kolleg*innen sind gerade in Bezug auf die Vertretung verunsichert, was sollen und dürfen sie und was nicht. Zudem möchten wir erreichen, dass sich auch Beamt*innen mehr mit der Tarifrunde, dem Streik und ihren viel schlechter bezahlten angestellten Kolleg*innen beschäftigen, sich solidarisieren und auch aktiv vor Ort mithelfen.)

Angestellter:

zu 1. keinen Vertretungsunterricht für streikende Kolleg*innen annehmen; Solidarität mit unseren Forderungen zeigen

zu 2. Die Wirkung des Streiks wird deutlich abgeschwächt. Damit verschlechtert sich die Verhandlungsposition der Gewerkschaften.

zu 3: In der Praxis wohl schwer, kann ich als tarifangestellter Lehrer aber nicht beurteilen.

Beamtin:

zu 1. Auf jeden Fall immer laut und deutlich klar machen, dass es der Solidarität bedarf. Alle Lehrkräfte leisten dasselbe und haben Anspruch auf Gleichbehandlung.

zu 2. Vertretung für Streikende ist nicht okay und auch nicht zu leisten - ist Streikbruch, unsolidarisch!

Angestellte:

zu 1. nicht die streikenden K*K vertreten; nach Möglichkeit ins Streikcafé gehen; im Unterricht als Thema besprechen ...

zu 2. Das schwächt die Streikforderungen - in anderen Branchen nennt man das „Streikbrecher“.

zu 3: Ja.

Beamtin:

Als beamtete LEHRERIN BIN ICH ZU ALLEM BEREIT, UM MEINE ANGESTELLTEN KOLLEG*INNEN ZU UNTERSTÜTZEN!

WIE BEAMT:INNEN UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

• STREIKBRUCH VERMEIDEN!

Streikende Kolleg:innen sollen nicht durch Vertretung geschwächt werden. Die Anordnung der Vertretung von Streikenden ist höchstrichterlich verboten. Beamt:innen, denen Vertretung von Streikenden zugewiesen wird, können ihre Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit geltend machen. Das nennt man Remonstration. Remonstrieren können auch Schulleiter:innen, wenn sie angewiesen werden, Streikbruch zu organisieren.

• SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN ZEIGEN!

Verteidige deine streikenden Kolleg:innen gegen eventuelle Vorwürfe und Unmut wegen des Streiks. Sprich bei deinen verbeamteten Kolleg:innen auch ganz offen an, dass die Anordnung der Vertretung von Streikenden verboten ist!

• ZUR STREIKKUNDGEBUNG GEHEN!

Jeder Warnstreik endet in einer öffentlichen Kundgebung. An dieser darf jede:r teilnehmen, auch Beamt:innen, wenn sie zu dem Zeitpunkt keine dienstliche Verpflichtung haben.

TARIFRUNDE 2021

#DASGEWINNENWIR

Ist streiken im öffentlichen Dienst überhaupt erlaubt?

// **Nina Goerges, Rechtsberaterin GEW Köln**

Ja! Im Rahmen von Tarifverhandlungen ist das Streikrecht im Rahmen der „Koalitionsfreiheit“ sogar im Grundgesetz (Artikel 9 Abs. 3 GG) geschützt. Unter Koalitionsfreiheit versteht man das Recht von Arbeitnehmer*innen sich zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zusammenschließen. Daraus leitet sich gleichfalls das Recht ab, Interessen gemeinsam durchzusetzen und dafür das Mittel des Arbeitskampfes zu nutzen.

Wichtig: Ein Streik ist nur dann rechtmäßig, wenn er von einer Gewerkschaft getragen wird. Hierfür ist ein Streikaufruf der jeweiligen Gewerkschaft notwendig. Ein Streik ohne gewerkschaftlichen Streikaufruf ist in Deutschland nicht zulässig.

Wer darf streiken?

Alle Arbeitnehmer*innen die von einer Gewerkschaft zum Streik aufgerufen werden, sofern sie vom Streikgegenstand betroffen sind. Streiken dürfen auch die Kolleg*innen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Allerdings erhalten Nichtmitglieder weder Streikgeld einer Gewerkschaft noch Rechtsschutz.

Muss ich meinen Arbeitgeber über eine Streikteilnahme informieren?

Über eine persönliche Streikteilnahme muss die streikende Person ihren Arbeitgeber nicht informieren. Auf Anfrage des Arbeitgebers sind Vorgesetzte aber verpflichtet, die Namen von Beschäftigten zu nennen, die an einem Streiktag nicht zur Arbeit erschienen sind. Aus Kollegialität kann es sinnvoll sein, die Streikteilnahme anzukündigen. Es erleichtert auch z. B. streikbetroffenen Eltern, solidarisch zu bleiben.

Dürfen Beamte streiken?

Nach herrschender Meinung (und der Meinung des Bundesverfassungsgerichts) dürfen Beamt*innen in Deutschland nicht streiken. Das letzte Wort ist hier aber noch nicht gesprochen. Es steht noch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zum Thema Beamtenstreikrecht an.

Müssen verbeamtete Kolleg*innen die streikenden Kolleg*innen am Streiktag vertreten?

Beamt*innen dürfen nicht auf bestreikten Arbeitsplätzen eingesetzt werden, solange es dafür keine gesetzliche Regelung gibt. Dies hat das Bundesverfassungsgericht 1993 entschieden. Ordnet die Schulleitung trotzdem an, dass ein Beamter oder eine Beamtin Vertretungsunterricht für streikende Kolleg*innen geben soll, ist dies nicht zulässig. Beamt*innen, denen eine entsprechende Vertretungstätigkeit zugewiesen wurde, können ihre Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Anordnung geltend machen.



Kölnerin Ayla Çelik neue Landesvorsitzende der GEW NRW

Im Juni dieses Jahres hat der Landesvorstand der GEW NRW unser Kölner Mitglied und bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Ayla Çelik zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Sie folgt damit auf Maike Finnen, die seit dem Bundesgewerkschaftstag das Amt der Bundesvorsitzenden übernommen hat. Ayla ist bereits seit vielen Jahren in der GEW aktiv, unter anderem war sie Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln. Wir kennen sie als kompetente, integrativ arbeitende und sehr engagierte Kollegin, die tatkräftig an der Seite der Kolleg*innen steht, ihr Ohr jederzeit an der Basis hat und die Belange der Kolleg*innen gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen entschlossen vertritt. Sie übernimmt das Amt der Landesvorsitzenden in einer ebenso schwierigen wie spannenden Zeit, in der die Coronakrise wie durch ein Brennglas verschärft all die Missstände zutage gefördert hat, die wir als GEW schon lange anprangern.

Liebe Ayla, wir freuen uns außerordentlich mit dir, beglückwünschen dich ganz herzlich zu deiner Wahl und wünschen dir viel Erfolg bei der Ausübung dieses so verantwortungsvollen Amtes!

Deine „Homezone“ GEW Stadtverband Köln

Ayla Çelik, Jahrgang 1968, hat Deutsch und Biologie studiert. Von 2001 bis 2012 hat sie an der Peter-Ustinov-Realschule in Köln gearbeitet. Seit 2012 ist sie Gesamtschulleiterin in der Funktion der Abteilungsleiterin an der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule in Köln. 2016 wurde Ayla Çelik Vorsitzende des Schulleitungsausschusses der GEW NRW und im Zuge dessen Mitglied im Landesvorstand der GEW NRW. Auf dem Gewerkschaftstag 2019 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden der GEW NRW gewählt. Seit Ende Juni 2021 ist Ayla Çelik Vorsitzende der GEW NRW.



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**
NRW.

#IhrFehlt

Mach mit uns das Thema Lehrkräftemangel groß:



1. Klappe diesen Abschnitt nach hinten.



2. Mache ein Selfie mit den Silhouetten.



3. Poste das Bild in den sozialen Medien mit dem Hashtag
#IhrFehlt und sag uns, wo dir Kolleg*innen fehlen.

Impressum: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen • Nünningstraße 11 • 45141 Essen • Tel.: 0201 29 403-01 • gew-nrw.de • Grafiken via canva.com



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**
NRW.

#IhrFehlt für gute Schule!

Lehrkräftemangel verhindert
Bildungschancen.

Gute Schule braucht gut qualifizierte Lehrkräfte

Der Lehrkräftemangel ist gleichzeitig Symptom und Ursache unserer aktuellen Bildungskrise. Ohne ausreichend qualifizierte Lehrkräfte gibt es keine gute Bildung – ohne ausreichende Anreize wird es nicht gelingen, geeigneten Nachwuchs für den völlig unterfinanzierten Bildungssektor zu gewinnen und Bildung damit nachhaltig besser zu gestalten.



Was fordert die GEW NRW?

Wir stellen fest: Das Ziel, den Lehrkräftemangel zu verringern, geschweige denn zu beenden, wurde bis heute nicht erreicht. Die Rahmenbedingungen müssen sich ändern! Beste Bildung braucht qualifiziertes Personal an jeder Schule in NRW.

Deshalb fordern wir:

1. Studienplätze für Sonderpädagogik und Lehramt Grundschule erhöhen
2. Qualifizierungsinitiative starten für eine berufsbegleitende Aus- und Fortbildung
3. Versorgung mit ausreichend qualifiziertem Personal an jeder Schule sicherstellen
4. Zusätzlicher Einsatz weiterer pädagogischer Professionen (Multiprofessionalität) zur Absicherung einer guten Förderung
5. Attraktivität steigern: Alle Lehrkräfte gleich nach A 13 Z / EG 13 im Eingangsamt bezahlen!

Bisherige Maßnahmen gescheitert

Die Landesregierung hat vier Maßnahmenpakete gegen den Lehrkräftemangel auf den Weg gebracht und den Lehrer*innenberuf mit einer 2 Millionen Euro teuren Marketingkampagne beworben.

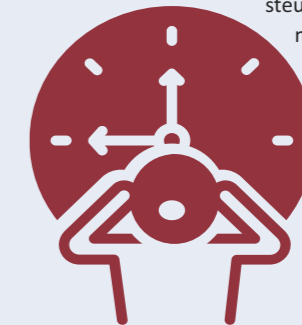
Marketingkampagnen alleine reichen nicht.

Lehrkräfte brauchen eine angemessene Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen.



Krise mit Ansage

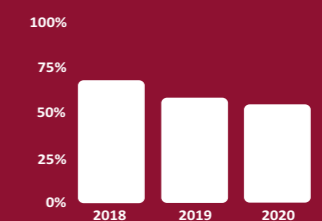
Bereits seit einigen Jahren werden ausgeschriebene Stellen für Lehrkräfte an Grundschulen nicht mehr vollständig besetzt. Angekündigt hat sich dieses schwerwiegende Problem schon lange. Reagiert wurde seitens der Politik erst, als es zum Umsteuern zu spät war – und dann noch mit den falschen Maßnahmen.



Zahlen und Fakten zum Lehrkräftemangel in NRW

Immer weniger Stellen an Schulen können besetzt werden:

Rückläufige Stellenbesetzungsquote



Schuljahr 2021/2022 gestartet: Rund 1.500 Stellen an Grundschulen und rund 615 Stellen an Förderschulen unbesetzt.

Immer weniger **Lehrramtsanwärter*innen** für Grundschulen in NRW

Deshalb jetzt handeln! Mehr Infos unter gew-nrw.de



Aktion auf dem Kölner Neumarkt am Dienstag, den 21.9.2021 zwischen 14 Uhr und 15 Uhr



Mit der Kampagne „#IhrFehlt für gute Schule“ weist die Bildungsgewerkschaft GEW NRW auf den eklatanten Mangel an Lehrer*innen in den NRW-Schulen hin. „Der Lehrkräftemangel an den Schulen in NRW verhindert Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen“, betonen die Kölner Bezirksfachgruppen Grundschule und Förderschule der GEW. Bei der zentralen Aktion auf dem Neumarkt in Köln am 21. September 2021 wurden 40 Figuren aufgestellt, die symbolisch für die fehlenden Lehrkräfte in den Schulen stehen.

„Die Landesregierung rechnet die Zahlen schön: So gibt das MSB an, dass die Grundschulen im Regierungsbezirk Köln im Schuljahr 2019/2020 eine Personalausstattungsquote von ca. 100 % gehabt hätten. Dies suggeriert, dass überall Unterricht nach Stundenplan erteilt werden könne. In der Realität muss für eine reibungslose Unterrichtsversorgung und qualitativ hochwertige Förderung allerdings eine höhere Besetzungsquote gegeben sein“, so Ursula Habeth-Gaspari, Mitglied der Fachgruppe Grundschule. Und hier fehlen Kolleg*innen: Sie fehlen als Klassenlehrer*in, als Fachlehrer*in, für die individuelle Förderung, für eine Vertretung im Krankheitsfall. Insbesondere fehlen sie den Kindern als verlässliche Bezugspersonen. In NRW fehlen über alle Schulformen hinweg rund 4.000 Lehrkräfte, allein 1.450 an den Grund- und mehr als 600 an den Förderschulen.

„Dieser chronische Mangel verhindert, dass wir in allen Klassen verlässlich und individuell beste Bildung bieten können“, erläutert Maren Bennemann, Mitglied der Fachgruppe Förderschule. „Ausbaden müssen das die Schüler*innen mit schlechteren Chancen auf ihrem Lebensweg und die Kolleg*innen mit einer größeren Belastung. Eine zukunftsfähige Schule braucht eine sehr gute personelle Ausstattung!“

Die Bildungsgewerkschaft fordert deshalb, die gemachten Versprechen einzulösen. „Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Menschen sich für den Beruf als Lehrkraft entscheiden, vor allem an einer Grund- oder Förderschule. Deshalb brauchen wir ein Ende der verfassungswidrig unterschiedlichen Besoldung von Lehrkräften an verschiedenen Schulformen. Dazu müssen die Studienkapazitäten erhöht werden, um mehr grundständig ausgebildete Lehrer*innen in den Schulen zu haben. Seiten- und Quereinsteiger*innen dürfen nicht alleine gelassen werden – hier braucht es umfangreiche Qualifizierungen und eine Beschäftigung mit langfristiger Perspektive und angemessener Bezahlung“, so die Gewerkschafterinnen abschließend.

Übergabe der Forderungsliste und der OGS-Protestkarten an Dr. Helge Schlieben (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Schule & Weiterbildung im Rat der Stadt Köln



// Ausschuss Offener Ganztage //

Wie kann der Offene Ganztage verbessert werden?

An die Landesregierung NRW:

- Es muss eine **rechtliche Grundlage** geschaffen werden. Wir wünschen eine Aufnahme der OGS ins Schulgesetz. Nur so können Qualitätsstandards gesetzt und gesichert werden! (Feste Gruppengrößen, Fachkraft-Kind-Relation)
- Die Finanzierung muss eine **tarifliche Bezahlung nach TVÖD** ermöglichen.
- **Inklusion** gelingt nur mit dem Ganztage. Bei aller sonder- und sozialpädagogischen Unterstützung muss auch der Ganztage mitgedacht werden.
- **Mitbestimmung** für diesen so wichtigen Bestandteil der Bildung muss gegeben sein: Teilnahme & Stimmberechtigung der OGS Koordination in der Schulkonferenz und anderen Schulgremien

An die Stadt Köln:

- Die **Zuständigkeit** für den Offenen Ganztage muss auch **im Amt für Schulentwicklung klar geregelt** sein. Ein **Austausch zwischen dem Amt und den Trägern/OGS Leitungen** sollte regelmäßig stattfinden.
- Eine **tarifliche Bezahlung nach TVÖD** sollte den Trägern möglich sein. Wir erwarten von der Stadt Köln eine Zusammenarbeit nur mit Trägern, die nach TVÖD bezahlen.
- Für die Aufgaben der OGS im Kinderschutz muss eine **Kooperation mit der Schulsozialarbeit** Auflage sein.
- Die Stadt Köln muss zur Vergabe von den Trägern **transparente Konzepte zum Personaleinsatz, Bezahlung nach TVÖD, pädagogische Konzepte, Qualität der Verpflegung** vorlegen
- **WLAN und Office Funktionen** müssen auch der OGS Koordination zugänglich sein.
- Die OGS Koordinator:innen brauchen ein **Büro** und einen **Computerarbeitsplatz**.
- **Inklusion** gelingt nur mit dem Ganztage. Bei aller sonder- und sozialpädagogischen Unterstützung muss auch der Ganztage mitgedacht werden. Hier ist auch das Jugendamt der Stadt Köln mit ins Boot zu holen.
- **Betreuungszeiten und Arbeitszeiten** sollen **zusammenhängend** sein. Ein Frühdienst z.B. um acht und dann wieder eine Arbeitsaufnahme z.B. um zwölf ist nicht akzeptabel.
- **Längerfristige Verträge** mit bewährten Kooperationspartnern
- **Einhaltung der Lehrerstellen** im Ganztage

Foto: E.-M. Zimmermann

// Geschäftsstelle //

Liebe Frau Reker,

Köln, den 17. Juni 2021

wir wenden uns heute an Sie bezüglich der von der Stadt Köln beschafften iPads für Lehrkräfte an Schulen. Zunächst einmal begrüßen wir, dass sich die Stadt Köln um die Beschaffung von Geräten gekümmert hat. Jedoch müssen wir leider betonen, dass die **Beschaffung von iPads nicht nur Fragen nach der Einhaltung von Arbeitsschutzrichtlinien und der Förderfähigkeit aufwirft, sondern zudem am tatsächlichen Bedarf zur Nutzung als Arbeitsgeräte für Lehrkräfte in vielerlei Hinsicht vorbeigeht. Dies führt dazu, dass die Geräte von vielen Lehrkräften nicht verwendet werden können, obwohl sie laut Förderrichtlinie des Landes „zur dienstlichen Aufgabenerledigung“⁽¹⁾ gedacht sind.**

Problematik bezüglich Arbeits- und Gesundheitsschutz

Da die Lehrkräfte das Endgerät sowohl zum (Distanz-)Unterricht als auch für sämtliche Verwaltungsaufgaben benutzen sollen, kommt hier eine beträchtliche Arbeitszeit am Bildschirm zusammen. Es müssen auch mehrseitige Zeugnisse und komplexe Gutachten verfasst werden. Das stundenlange Arbeiten an iPads mit ihrer geringen Bildschirmgröße und ohne geeignete Textverarbeitungsprogramme erscheint uns nicht mit dem Arbeitsschutzgesetz, der Arbeitsstättenverordnung und der Betriebssicherheitsverordnung vereinbar. Hätte man die Betroffenen und die Personalrät:innen vorab mit in den Beschaffungsprozess einbezogen, wäre diese Fehlinvestition nicht passiert.

Problematik bezüglich der Förderfähigkeit

Falls das Kriterium „zur dienstlichen Aufgabenerledigung“ bedeutet, dass man *alle dienstlichen Aufgaben* mit den Endgeräten erfüllen können muss, so sehen wir dies aus eben genannten Gründen nicht als gegeben an. Falls es zur Förderfähigkeit bereits ausreichen sollte, wenn *Teile dieser Aufgaben* mit den Geräten erfüllt werden können, ist ungeklärt, mit welchen Endgeräten die Lehrkräfte all diejenigen Aufgaben erfüllen sollen, die mit den zur Verfügung gestellten Geräten nicht durchführbar sind und wie es sich in dem Fall mit der Rechtssicherheit zum Thema Datenschutz sowie der Einhaltung der Arbeitsschutzrichtlinien verhält.

Insbesondere bei den Förderrichtlinien 6.2 und 6.5 stellt sich die Frage, inwiefern diese bei der Beschaffung von iPads gewährleistet sind. iPads sind nicht ohne zusätzliche Adapter mit bereits vorhandenen Geräten wie Beamern usw. kompatibel. Ohne vollwertiges Textverarbeitungsprogramm wird die Arbeit mit längeren Texten bedeutend erschwert bis verunmöglich (Bsp. komplexe Gutachten). Darüber hinaus werden Vorlagen des Amtes für Schulentwicklung als Word- oder beschreibbare PDF-Dokumente angeboten, welche auf den iPads häufig nicht richtig dargestellt und bearbeitet werden können. Zudem hat es keinerlei Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zur Benutzung der Geräte gegeben – basale Fragen, wie beispielsweise wie man Daten auf das iPad hochladen bzw. herunterladen oder wie man einen auf dem iPad verfassten Text in der Schule ausdrucken kann, sind vielen Lehrkräften, die zuvor nie mit iOS gearbeitet haben, nicht klar. Inwieweit die Richtlinie der Wirtschaftlichkeit erfüllt ist, ist nicht ersichtlich, wenn zusätzlich zu diesen Geräten entsprechende Adapter beschafft werden müssen, ebenso wie vollwertige Tastaturen oder externe Bildschirme, um das Arbeiten an den kleinen Geräten überhaupt erst zu ermöglichen.

Wir fordern die Stadt Köln daher dazu auf, jeder Lehrperson einen Laptop/ein Notebook als Dienstgerät zur Verfügung zu stellen (zumindest optional anstelle der iPads), das zur Bildschirmarbeit angemessenen genutzt werden kann – ausgestattet mit vollwertiger Tastatur, Bildschirmdiagonale nicht unter 12 Zoll sowie vollwertigem Betriebssystem. Darüber hinaus bitten wir noch einmal um zeitnahe Beantwortung unserer Anfragen an die Stadt Köln.

Im Auftrag für den Erweiterten Vorstand der GEW Köln

Eva-Maria Zimmermann
(Geschäftsführerin GEW Köln)

⁽¹⁾ <https://bass.schul-welt.de/19244.htm>

Die Dr. Azubi-Befragung hat wieder begonnen!

Gewerkschaftsjugend fragt nach der Zufriedenheit in der Ausbildung // **Laura Knöchel, neue DGB-Jugendsekretärin**

Alljährlich befragt die DGB-Jugend NRW Auszubildende in NRW nach ihrer Zufriedenheit in der Ausbildung. In dem sogenannten Ausbildungsreport wird die Qualität der Ausbildung anhand verschiedener Kriterien untersucht, wie zum Beispiel den Arbeitszeiten, der Vergütung und der fachlichen Qualität der Berufsschulen.

Der DGB-Ausbildungsreport ist ein jährlicher Gradmesser für die Qualität in der Ausbildung. Er zeigt, was gut läuft und wo es noch Schwierigkeiten gibt. Der Report zeigt auch, welche Branchen eine gute Ausbildung bieten und wo es Nachholbedarf gibt. Die Auswertung erfolgt professionell durch ein wissenschaftliches Institut. Da aufgrund der Pandemie im vergangenen Jahr keine Erhebung durchgeführt werden konnte, wird der nächste Ausbildungsreport mit Spannung erwartet.

Für repräsentative Aussagen benötigt die Gewerkschaftsjugend ausreichend ausgefüllte Fragebögen und freut sich über jede Unterstützung! Lehrer*innen an Berufskollegs können die DGB-Jugend bei ihrer Umfrage unterstützen, indem sie in ihren Klassen die Fragebögen ausfüllen lassen. Die ab jetzt erhobenen Daten fließen in den Ausbildungsreport 2021 ein.

Den aktuellen Fragebogen finden Sie als Download auf der Seite der DGB-Jugend Köln: <https://koeln-bonn.dgb.de/themen/++co++760daff0-106a-11ec-baf6-001a4a160123>



Die Dr. Azubi-Fragebögen sind auch bei der Jugendbildungsreferentin des DGB Köln-Bonn Laura Knöchel erhältlich, die die ausgefüllten Fragebögen sammelt.

Zudem bietet die Gewerkschaftsjugend 90-Minuten-Unterrichtsmodule an. Diese werden von geschulten Teamer*innen durchgeführt. Es gibt die Möglichkeit der Gestaltung einer kompletten Unterrichtsreihe entlang der Module oder einer thematischen Konzentration auf einzelne Module in einer Doppelstunde. Mit diesen Bildungsangeboten will die Gewerkschaftsjugend den Unterricht sinnvoll ergänzen und die bildungspolitische Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Berufskollegs ausbauen.



Ausbildungsreport 2020

jugend.dgb.de

Das Angebot:

Baustein 1: Gesellschaftliche Grundlagen
Baustein 2: Mitbestimmung
Baustein 3: Deine Rechte in der Ausbildung
Baustein 4: Gewerkschaftliche Basisarbeit

Für Rückfragen zu den Dr. Azubi-Fragebögen und dem kostenlosen Bildungsangebot steht die Jugendbildungsreferentin des DGB Köln-Bonn Laura Knöchel gerne zur Verfügung.

Kontakt:
Laura Knöchel
DGB Köln-Bonn
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Email: laura.knoechel@dgb.de
Tel.: 0221-50003211

GEW Köln fordert das Jobticket für alle Lehrkräfte

Der Geschäftsführende Vorstand (GfV) des GEW-Stadtverbands Köln hatte nachstehenden Antrag zum Thema „Jobticket für Lehrkräfte in NRW“ beschlossen und daraufhin den Bezirksvorstand (BV) gebeten, ebenfalls darüber zu befinden. In seiner Sitzung am 28. September 2021 hat nun auch der BV, in dem Delegierte aus allen Stadt- und Kreisverbänden der GEW im Kölner Regierungsbezirk vertreten sind, entschieden, den GEW-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen entsprechend zu beauftragen. Es folgt der beschlossene Antragstext von // GfV und BV Köln

Betriebsratswahlen 2022

Nicht nur in der Autoindustrie - auch in Kitas, im offenen Ganztage und in privaten Schulen muss es Betriebsräte geben! // **Nina Goerges, Rechtsberaterin der GEW Köln**

Bald ist es wieder so weit: Im Frühling 2022 finden bundesweit in allen Branchen Betriebsratswahlen statt. Auf die Frage, ob dies auch in pädagogischen Bereichen notwendig ist, kennt die GEW nur eine Antwort: JA!

In unserer Beratungsarbeit bemerken wir immer wieder, wie wichtig Betriebsrät*innen gerade in Einrichtungen des pädagogischen Bereichs sind. Im täglichen Arbeitsstress werden die Belange der Beschäftigten nicht selten hintangestellt. „Für die Kinder“ geben die Beschäftigten alles. Schnell gehen dabei einmal Arbeitnehmerrechte verloren. Ein weiteres Problem in pädagogischen Einrichtungen ist, dass oftmals auch die Vorgesetzten Pädagog*innen sind, und sich deshalb auch nicht sicher mit der umfangreichen Arbeitsrechtsgesetzgebung auskennen. Arbeitnehmerrechte bleiben dabei nicht selten auf der Strecke.

In Betrieben mit Betriebsrat ist diese Gefahr wesentlich geringer. Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Beschäftigten im Betrieb, überwacht, dass geltendes Recht eingehalten wird, und setzt sich in jeder Hinsicht für die Belange der Belegschaft ein. So bestimmt der Betriebsrat z. B. mit bei der Urlaubsverteilung, dem Beginn und dem Ende der täglichen Arbeitszeit und bei Überstunden.

Die Sorge, dass die Wahl eines Betriebsrates automatisch zu Konflikten mit dem Arbeitgeber führt, ist nicht berechtigt. Arbeiten Betriebsrat und Arbeitgeber auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zusammen, kann ein Betriebsrat auch eine Entlastung bei der Führung eines Betriebes sein. Ein Arbeitgeber muss z. B. nicht mehr mit jedem einzelnen Beschäftigten verhandeln, sondern trifft mit dem Betriebsrat Vereinbarungen, die für alle verlässlich sind. Eine Studie aus dem Jahr 2015 belegt sogar, dass ein Betrieb mit Betriebsrat langfristig die Produktion steigert, 15 Jahre nach der Gründung eines Betriebsrats schließlich um 25 Prozent!¹ Gute Argumente auch den Arbeitgeber von der Wahl zu überzeugen.

Die Vorteile eines Betriebsrats haben in den letzten Jahren einige Einrichtungen erkannt, und die GEW hat hier mehrfach Betriebe bei der Betriebsratsgründung begleitet. Diese Hilfestellung möchten wir auch gerne anderen Interessierten anbieten. Sollten Sie an der Gründung eines Betriebsrates in Ihrer Einrichtung interessiert sein, berät und unterstützt der Stadtverband Köln sehr gerne.

¹Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/iwh_discussion_papers/14-15.pdf

„Bestehen auf Landesebene Planungen für ein »Job-Ticket« für Lehrerinnen und Lehrer?“

Yvonne Gebauer an die ehem. rot-grüne Landesregierung, 3. November 2016
Frage der damaligen FDP-Landtagsabgeordneten

Antrag an den Landesvorstand der GEW NRW
Antragsteller: Bezirksvorstand Köln

Wir bitten den Landesvorstand der GEW NRW

- zu ermitteln (z.B. via Schulmail), wie groß die Nachfrage unter den Beschäftigten nach einem Jobticket ist, wenn der Arbeitgeber dieses anbieten und/oder ein vergleichbares Angebot (365-Euro-Ticket, Dienstfahrrad etc.) machen würde.
- unter den GEW-Mitgliedern abzufragen (z.B. per Email oder Online-Umfrage), wie stark das Interesse an einem Jobticket ist, wenn der Arbeitgeber dieses anbieten und/oder ein vergleichbares Angebot (365-Euro-Ticket, Dienstfahrrad etc.) machen würde.
- mit den Ergebnissen der unter a) und b) definierten Abfragen den politischen Druck auf den Arbeitgeber zu erhöhen, endlich ein Jobticket und/oder ein vergleichbares Angebot (365-Euro-Ticket, Dienstfahrrad etc.) möglich zu machen.
- den Skandal, dass ein Jobticket und/oder ein vergleichbares Angebot (365-Euro-Ticket, Dienstfahrrad etc.) bis heute NICHT möglich gemacht wird, in den Landtagswahlkampf im Frühjahr 2022 einzubringen.
- zu prüfen, inwieweit die GEW NRW und/oder ihre Untergliederungen unseren Mitgliedern selbst ein Jobticket und/oder ein vergleichbares Angebot (365-Euro-Ticket, Dienstfahrrad etc.) machen können (sprich: Bei den Verkehrsverbänden NRWs abzufragen, ob die GEW NRW als Verhandlungspartner für Jobtickets für ihre Mitglieder in Betracht kommt).

Begründung:

Wenn wir öffentlich machen, dass wir als GEWerkenschaft das tun wollen, was ausgerechnet das Land, das MSB und die Bezirksregierungen den Beschäftigten seit Jahren verweigern, dann erhöht das den Druck, der Vorbildfunktion als öffentlicher Arbeitgeber endlich gerecht zu werden.

Sollte es möglich sein, dass die GEW NRW für unsere Mitglieder Jobtickets o.ä. mit den Verkehrsverbänden aushandeln kann, so wäre das für zahlreiche Kolleg*innen ein weiterer Anreiz, sich für eine GEW-Mitgliedschaft zu entscheiden. Der Effekt hinsichtlich der Mitgliederbindung wäre ebenfalls groß.

Queere Lehrkräfte, Sichtbarkeit und Cologne Pride

// Bodo Busch, Ausschuss homosexuelle Lehrkräfte Köln und AG LSBTI* der GEW NRW

Der Cologne Pride (Kölner CSD) war dieses Jahr wegen Corona und der Hoffnung auf bis dann bessere Bedingungen vom traditionellen ersten Juli-Wochenende auf Sonntag, den 29.8.21 für die Demo und die beiden Wochen vorher und nachher für das gesamte Veranstaltungsprogramm verschoben worden.

Zusätzlich zur Verschiebung gab es ein angepasstes Demo-Konzept mit Streckenführung über besonders breite Straßen – am Rheufer vom Ubierring bis über die Deutzer Brücke zum Deutzer Bahnhof - und ein kurzfristig mit der Stadt abgestimmtem Hygienekonzept: 3G-Regel sowie Maskenpflicht und Abstand für die Teilnehmenden. Damit war aber tatsächlich wieder eine Demo mit Fußgruppen und Wagen möglich, während im vergangenen Jahr auf eine sternförmige Fahrraddemo ausgewichen werden musste.

Queere Sichtbarkeit war auch besonders dringend nötig nach einer langen Zeit notwendiger Kontaktbeschränkungen, die u. a. die lange Schließung queerer Orte mit sich brachte und besonders verletzte Gruppen, wie queere Jugendliche oder queere Geflüchtete, auf die für sie oft nicht besonders sicheren Zusammenhänge wie Herkunftsfamilien oder Sammelunterkünfte beschränkte, wie Überlegungen des Deutschen Jugendinstituts aufgrund früherer Untersuchungen und eine Befragung des Kölner queeren Jugendzentrums „anyway“ anlässlich Corona bestätigen.

Die über den Ausschuss homosexuelle Lehrkräfte der Kölner GEW und die GEW NRW AG LSBTI* organisierten queeren Lehrkräfte, die letztes Jahr auch als Fahrradgruppe mitfuhren, waren dieses Jahr wieder mit einer Fußgruppe von neun Kolleg*innen vertreten, erkennbar an einheitlichen T-Shirts, Transparent und beschrifteten Ballons. Dank unterstützender Kolleg*innen konnten wir die Ballons in Räumen der Integrierten Gesamtschule Innenstadt nahe dem veränderten Aufstellort füllen. Wegen des Regens wurden sie dieses Jahr kreativ an Schirmen befestigt und trotz des leichten Regens gab es während der gesamten Zugstrecke gute Stimmung und reichlich Zuspruch vom Publikum am extrabreiten Straßenrand.

Dieses Jahr waren wir offenbar die einzige DGB- und Schul-Gruppe. Wir würden uns freuen, im kommenden Jahr wieder in einem gemeinsamen Block mit anderen DGB-Gewerkschaften und/oder Schulen der Vielfalt laufen zu können!

Die ganze CSD-Demo vom 29.08.2021
im Video des Cologne Pride zu sehen unter:
www.youtube.com/watch?v=Atz5HGdbmow



ColognePride 2021 - für Menschenrechte - viele, gemeinsam, stark lesbisch - schwul - bi - trans* - inter* - queer - Lehrkräfte sind hier kurz vorm Start der Demo, noch in der nahegelegenen IGIS



Cologne Pride CSD Demo 2021



Cologne Pride CSD Demo 2021



Cologne Pride CSD Demo 2021

Erfahrungsaustausch wieder möglich – und wieder ausgebucht

Anders als im vergangenen Jahr konnten dieses Jahr im Rahmen des Veranstaltungsprogramms auch wieder moderierte Kleingruppen zum Erfahrungsaustausch für queere Kolleg*innen über „Coming Out in der Schule!“ angeboten werden, wenn auch angepasst mit festen Sitzplätzen und ohne gemeinsames Plenum. Und wie in den Jahren davor war auch diese Veranstaltung wieder ausgebucht. In einer cis-hetero-normativen Welt gibt es keine einfachen Patentlösungen, ob und wie Kolleg*innen offen und authentisch mit ihrem Queersein umgehen können. Aber Erfahrungsaustausch hilft, wie sich auch dieses Jahr wieder zeigte.

Online-Diskussion zur Bundestagswahl

Ebenfalls gut besetzt und gut besucht war eine online-Podiumsdiskussion, die GEW Bund und GEW NRW auf Vorschlag von Kölner Kolleg*innen anlässlich von Cologne Pride und bevorstehender Bundestagswahl mit queerpolitischen Sprecher*innen der demokratischen Bundestagsfraktionen veranstalteten. In drei Runden ging es um Fragen der queeren Bundespolitik mit Auswirkungen auf den Alltag in Bildungseinrichtungen, wie sie auch im Beschluss 1.14 vom letzten Gewerkschaftstag angesprochen werden:

Wird es eine professionelle und institutionell verankerte bundesweite Koordination zwischen den Bundesländern für „Schule der Vielfalt“ und die im Netzwerk Queere Bildung zusammengeschlossenen Bildungsprojekte im Rahmen eines überfälligen Nationalen Aktionsplans zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geben?

Wird das vom Verfassungsgericht schon lange in Teilen außer Kraft gesetzte „Transsexuellengesetz“ (TSG) von 1980 in der kommenden Legislatur endlich abgeschafft und durch Regelungen zur geschlechtlichen Selbstbestimmung ersetzt, so dass respektvoller Umgang mit trans* Jugendlichen in den Schulen ohne rechtliche Verunsicherungen möglich wird (und die teuren und entwürdigenden Begutachtungen für die Personenstandsänderung entfallen können)? (Und warum gelang das in dieser Legislatur trotz entsprechender Koalitionsvereinbarung nicht?)

Und wird der oft zahnlose Tiger namens „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) künftig auch queere Kolleg*innen in kirchlichen Einrichtungen schützen und in staatlichen Einrichtungen effektiv umgesetzt? (Zur Erinnerung: Die nach § 13 AGG seit 2006 vorgeschriebenen Beschwerdestellen für Beschäftigte wurden für Lehrkräfte im NRW-Landesdienst letztes Jahr auf den Websites von 4 der 5 Bezirksregierungen bekanntgegeben.)

Die online versammelten Queer-Politiker*innen waren sich oft, wenn auch nicht in allen Details einig (FDP war z. B. skeptisch gegenüber AGG-Verbandsklagerecht). Der CDU-Vertreter gab freimütig zu, dass es im Programm seiner Partei keine Aussagen zu queeren Themen gibt und bei einigen seiner Fraktionskolleg*innen noch Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Alle demonstrierten guten Willen und Hoffnung auf die nächste Legislatur – und nahmen wohl die Erfahrung mit, dass GEW und DGB diese Themen mit Interesse verfolgen.

Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Anne Ratzki und Klaus Minartz vom Arbeitskreis Schulentwicklung
// Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion



forum: Wann und warum seid Ihr in die GEW eingetreten?

KLAUS: Ich bin im März 1972 in die GEW eingetreten, drei Jahre nach meiner Immatrikulation an der Uni Köln. Anlass war meine Mitarbeit in der Fachschaft Mathematik und die damalige starke Politisierung der Universitäten. Außerdem hatte ich schon mein Berufsziel als Lehrer im Blick und war von der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung aller Lehrer*innen überzeugt.

ANNE: Ich bin 1969 in die GEW eingetreten. Die GEW unterstützte Gesamtschulen. Ich war damals gerade vom Genoveva-Gymnasium an das Gymnasium Holweide gewechselt, das eine Gesamtschule werden sollte. Das Gymnasium war mir fragwürdig geworden, vor allem wegen der Abschlussschulung nach der 6. Klasse. Mein Fach Englisch war daran oft beteiligt. In Köln war die GEW 1969 ein betuliches Kaffeekränzchen älterer Schulleiter. Wir jungen Lehrkräfte wollten frischen Wind reinbringen, z. B. am 1. Mai mit dem DGB marschieren. Das hielten viele Lehrer*innen damals für unter ihrer Würde.

Wieso seid Ihr trotz Rente noch aktiv?

ANNE: Warum nicht? Die GEW ist meine politische Heimat. Ich war viele Jahre in verschiedenen Funktionen aktiv, im Stadtverband als stellvertretende Vorsitzende, im Land als Leiterin des Referats B -Bildungspolitik, dann als Mitglied der Landes- und Bundesschiedskommission. Es war interessant, oft als erste Frau überhaupt zu kandidieren und eine Tür aufzumachen. Es gibt noch viel zu tun. Unser Bildungssystem ist noch immer sozial ungerecht. Die Umstellung auf eine Schule für alle, auf ein inklusives System lässt auf sich warten. Heute setze ich mich im AK Schulentwicklung für mehr Gesamtschulen in Köln ein. Außerdem macht es Spaß, mit den Kolleg*innen zusammen zu arbeiten!

KLAUS: Mit der Pensionierung hört ja Gewerkschaftsarbeit nicht auf. Nach langer Zeit im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Köln ist gewerkschaftliche Arbeit Teil meines Alltags geworden. Außerdem halte ich die Arbeit der Aktiven Ruheständler für wichtig im Hinblick auf die Weitergabe von Erfahrungen und im Hinblick auf sinnvolle Arbeit für mich selbst.

Womit beschäftigt sich der AK Schulentwicklung zurzeit?

KLAUS: „Die freie Wahl der Eltern ist ein hohes Gut, das ich achte und schätze“, so ein Zitat von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer im KStA vom 15. 11.2018 -

„Das Schulgesetz verlangt, dass wir den Elternwillen erfüllen. Und das ist die Leitlinie für einen kommunalen Schuldezernenten“, so der Kölner Schuldezernent Robert Voigtsberger im KStA vom 24.9.2019.

Der Arbeitskreis versucht schon seit langer Zeit, die Schulentwicklung in Köln zu verändern und diese dem erkennbaren Willen vieler Eltern und Kindern nach mehr Gesamtschulen anzupassen. Dazu hat der Arbeitskreis zusammen mit dem DGB nach den letzten Kommunalwahlen drei Videokonferenzen mit den verantwortlichen Politiker*innen aller im Ausschuss Schule und Weiterbildung vertretenen Parteien durchgeführt. Zuerst mit den GRÜNEN, dann mit SPD und LINKE, dann mit CDU und VOLT. Die Politiker*innen wurden jeweils zu ihren Vorstellungen zu der Gesamtschulentwicklung in Köln und ihre Vorstellungen zu einer Beschleunigung des Baus neuer Gesamtschulen befragt. Wir haben sie angesichts der seit Jahren hohen Ablehnungszahlen an Gesamtschulen (seit dem Schuljahr 2002/03 ca. 15.000 Ablehnungen an Gesamtschulen) mit der Forderung von DGB und GEW konfrontiert, in Abweichung der Vorgaben im aktuellen Schulentwicklungsplan, zügig den Bau von vier weiteren Gesamtschulen - in Ossendorf, in Rondorf, in Lindenthal und in Kalk - zu ermöglichen. Und damit im Sinne der obigen Zitate das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schulform für ihre Kinder durchzusetzen.

Foto: Stefan Schüller-Breu

Was unterscheidet die heutigen politischen Auseinandersetzungen für mehr Gesamtschulen von den früheren Kämpfen? Können wir heute etwas von der frühen Gesamtschulbewegung lernen?

ANNE: Früher wurden Gesamtschulen oft diffamiert. Gesamtschulen würden weniger leisten, das Abitur sei weniger wert, „Gesamtschulen machen Kinder krank“ (so die Kölner CDU in einem Flugblatt). Es war wichtig, immer wieder über die Gesamtschule zu informieren, Eltern zu überzeugen, mit Demos auf sich aufmerksam zu machen, in die Presse zu kommen. Heute ist die Gesamtschule weitgehend anerkannt, das Zentralabitur gilt für Gymnasien und Gesamtschulen. Aber Information ist immer noch nötig, weil sich viele nicht vorstellen können, wie man Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten gemeinsam unterrichten kann. Immer mehr Eltern wünschen sich eine Gesamtschule für ihre Kinder, aber Kommunen wie Köln bauen eher Gymnasien, nehmen einen Mangel an Gesamtschulplätzen hin. Die Gymnasiallobby will sozial selektive Schulen, mit möglichst wenig Inklusion und Integration. Pressearbeit ist wichtig. Vielleicht auch wieder Demonstrationen.

KLAUS: Schon während meiner Studenzeit habe ich in einer der ersten Kölner Bürgerinitiativen für eine Gesamtschule in Zollstock - der heutigen Europaschule - gearbeitet. Es gab damals nur wenige Gesamtschulen. Die Ablehnung von weiteren Gesamtschulen durch die damalige Schulverwaltung und der meisten Politiker*innen war noch sehr groß. Mit Infotischen und Unterschriftensammlungen konnten wir die Unterstützung vieler Zollstocker*innen und letztendlich auch die der SPD gewinnen. Wissenschaftliche Untersuchungen belegten zudem den großen Nutzen von gemeinsamem Lernen für alle Kinder und damit die erste Brechung des Gymnasialprivilegs für Kinder aus dem sogenannten Bildungsbürgertum. Eine Erkenntnis hat sich immer wieder bestätigt: Die Bekenntnisse zu mehr Gesamtschulen in den Parteiprogrammen mancher Parteien alleine reicht nicht aus. Nur durch Elterninitiativen wurden und werden Gesamtschulen in Köln durchgesetzt.

Ein Blick in die Glaskugel: Wie sehen Kölner Schulen im Jahr 2030 aus?

ANNE: Vielleicht wäre dies eine schöne Vision: Die Stadt erkennt, dass das Nebeneinander und z.T. Gegeneinander von Gymnasien und Gesamtschulen wenig Sinn macht. Beide Schulformen bieten die gleichen Abschlüsse an, der Unterschied liegt nur darin, dass Gymnasien selektiv sind, mit Sitzbleiben und Abschlüssen arbeiten, während die Gesamtschulen darauf verzichten und die Schüler*innen differenziert fördern. Allerdings führt das immer noch zu einer sozialen Trennung, vor allem Kinder aus der Mittel- und Oberschicht besuchen das Gymnasium, während Gesamtschulen eine bunte Mischung aus allen anderen Kindern haben. Die neue Ampelkoalition im Stadtrat findet die soziale Trennung durch Gymnasien und Gesamtschulen in der Stadt nicht mehr zeitgemäß und beginnt, das Schulsystem auf „Gesamtgymnasien“ umzustellen. Die bunte Vielfalt, auf die Köln stolz ist, soll sich auch in den Schulen widerspiegeln.

Oder aber vielleicht geht es auch schon viel schneller und in ganz Nordrhein-Westfalen? Vielleicht erkennt das Land auch nach der Landtagswahl im nächsten Jahr die Notwendigkeit von weniger Selektion im Bildungssystem und schafft das Abschulen an Gymnasien und Realschulen ab und verpflichtet darüber hinaus alle Gemeinden (mehr) Gesamtschulen einzurichten?

Wir als AK Schulentwicklung werden jedenfalls auf allen politischen Ebenen an der Seite der Eltern und Schüler*innen für mehr Gesamtschulen und weniger Selektion im Schulsystem kämpfen!

Reden ist Silber – Schweigen ist Gold.?

Ein Kind zu verlieren ist schlimm. Es betrifft nicht nur die nicht werdende Mutter, sondern auch ihre Familie und Freunde. Doch was, wenn sich auf einmal alle Lebensbereiche unter der Belastung einer Fehlgeburt wiederfinden? Das Arbeitsumfeld kann durch verantwortungslosen Umgang mit privaten Informationen zu einer zusätzlichen Belastung werden, die auch die nicht vorhandenen Ressourcen der Betroffenen frisst.

Wer zu Coronazeiten schwanger wird und noch nicht geimpft ist, der wird empfohlen, nicht mehr im Schulbetrieb zu arbeiten.¹ Zu groß ist die Ansteckungsgefahr und in letzter Zeit häufen sich außerdem Berichte über Schwangere mit schweren Krankheitsverläufen. Das Procedere: Ärzt*innen stellen eine Berufsunfähigkeitsbescheinigung aus und für die Schwangeren dürfen an den Schulen in der Folge Vertretungsstellen ausgeschrieben werden. Also lässt Frau sich in der Frühschwangerschaft entweder krankschreiben und die Stunden müssen vom Kollegium aufgefangen werden, oder Frau meldet die Schwangerschaft und kann bald durch eine Vertretung ersetzt werden. Ich entschied mich für den zweiten Weg. Das passt natürlich überhaupt nicht in die soziale Norm, nach der die Schwangerschaft in den ersten 12 Wochen geheim zu halten ist.

Doch warum folgen eigentlich so viele diesem gesellschaftlichen Diktat?

Die Gründe für eine Geheimhaltung sind so vielseitig, wie die Tricks, die Schwangere sich über lange Zeiten ausgedacht haben, um nicht „aufzufliegen“. Berufliche wie auch private Interessen aller Art können dazu führen, dass eine Frau die Schwangerschaft nicht kundtun möchte, bevor Sie nicht das erhöhte Risiko einer Fehlgeburt in den ersten 12 Wochen ausschließen kann.

Das ist auch in Ordnung so. Zumindest, wenn Frau bessere Gründe hat, als das Gefühl, sich der sozialen Norm anpassen zu müssen. Jede Schwangere kann selbst entscheiden wann und mit wem sie die Botschaft teilt. Und dazu gehört unbedingt auch, mit wem sie die Botschaft nicht teilt! Das ist ein ungemein wichtiges Recht, denn wer von der Schwangerschaft weiß, kann diese Information auch eigenmächtig weitergeben. Das Recht der selbstbestimmten Informationsweitergabe ist sehr wichtig und diesem Recht wird u.a. im Bildungswesen durch die Verschwiegenheitspflicht der Mitarbeiter*innen Sorge getragen.

An meiner Schule wurde dieses Recht, bzw. diese Pflicht, von der Schulleitung (SL) nicht ernstgenommen. Sie hat den Eltern meiner Klasse in meiner Abwesenheit ohne meine Zustimmung von meiner Fehlgeburt berichtet. Erfahren habe ich davon aus erster Hand am

Telefon. Die SL hatte sich kurz in den von meiner Vertretung organisierten Video-Elternabend eingeschaltet, um, wie es schien, aufkommende Gerüchte und Vermutungen auszubremsen, indem sie den unruhig gewordenen Eltern von meiner Fehlgeburt erzählte. Es sei ja ganz in meinem Sinne gewesen, klare Worte zu sprechen und um Verständnis für die Situation zu werben, erklärte sie mir.

Verantwortungsloser Umgang mit privaten Informationen von höhergestellten Personen ist kein Einzelfall, wie sich in Gesprächen mit Mitgliedern des Personalrates und der Schulaufsicht herausstellte. Frauen, die schwanger sind oder waren, Langzeiterkrankte, plötzlich arbeitsunfähige Personen, ihnen allen steht das Recht zur Seite, den Grund für die Arbeitsunfähigkeit für sich zu behalten. Wenn sie ihren Zustand dennoch preisgeben, steht ihnen die Verschwiegenheitspflicht der Kolleg*innen und Vorgesetzten zur Seite. Denn Kolleg*innen oder Vorgesetzte können durch die Weitergabe dieser Informationen unter Umständen großen Schaden anrichten:

Betroffene Personen sind meist körperlich oder/ und psychisch stark geschwächt. Sie brauchen oft all ihre Ressourcen, um ihre Gesundheit wiederherzustellen. Allein die ständige Sorge der hier Betroffenen, jemand könnte die Fehlgeburt thematisieren, hat das Potenzial, diesen Prozess ungemein zu hemmen. Sollte die direkte Konfrontation tatsächlich stattfinden, können die Folgen dementsprechend gravierend sein. Zudem kommt, dass die per se geschwächte Person selbst aktiv werden muss, um sich zu wehren, wenn jemand in das Recht der selbstbestimmten Informationsweitergabe eingreift. Dazu fehlt in vielen Fällen sicherlich die Kraft.

Doch was kann aus dieser Misere heraus helfen?

Mir hat zuerst Reden geholfen. Durch Gespräche mit Menschen aus dem Bildungswesen konnte ich die Situation besser einordnen und den Mut und Willen entwickeln, tätig zu werden. Der Personalrat stärkte mir schließlich den Rücken, zeigte mir meine Möglichkeiten und half mir, die nächsten Schritte zu gehen.

Ich reichte eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein und bat im gleichen Zug um eine Versetzung. Auf diese Weise hatte ich dem erdrückenden Gefühl der Machtlosigkeit etwas entgegengesetzt und muss gleichzeitig im Arbeitsalltag keinem der Menschen mehr begegnen, die ich kaum kenne, die aber trotzdem über meine privatesten Er-



gebnisse Bescheid wissen. Ich muss nicht das Gefühl aushalten, dass andere mich für die halten, „die eine Fehlgeburt hatte und damit so und so umgegangen ist“, anstatt die kompetente Fachkraft und Kollegin in mir zu sehen. Auch auf verschiedenen anderen Ebenen kann es problematisch sein, wenn Kolleg*innen / Eltern / Schüler*innen über derart private Informationen verfügen.

Für die Beschwerde sollte alles Erlebte aufgeschrieben werden, inklusive der Gefühle, die eine Weiterarbeit an meiner Schule für mich als Betroffene unmöglich machen. Diesen Text zu schreiben, war für mich persönlich sehr therapeutisch. Ich kann jedoch gut verstehen, wenn Betroffenen dazu in diesen Situationen der Wille oder die Kraft fehlen. Das ist ein strukturelles Problem bei solch einem Machtmissbrauch. Die Verantwortlichen können durch ihre Taten eine Handlungsunfähigkeit auslösen, die sie vor der Reflexion ihres Fehlverhaltens und der Übernahme von Verantwortung schützen.

Doch was passiert, wenn die Anstrengung einer Dienstaufsichtsbeschwerde aufgenommen worden ist? Nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde wird die beschuldigte Person zur Rechenschaft gezogen und muss ein möglicherweise unangenehmes Gespräch mit der Schulaufsicht führen. Weiter nichts. Auch mehrere Beschwerden können beruflich womöglich folgenlos bleiben.² Jedoch habe ich die Hoffnung, dass ein solches Gespräch, zumindest in meinem Fall, dazu geführt hat, dass sich die Schulleitung der Auswirkungen ihres

Handelns bewusst geworden ist und mit dieser Art persönlicher Informationen das nächste Mal verantwortungsbewusster umgeht.

Dieser Weg war für mich der richtige. Wir haben als Lehrkräfte und an Schule arbeitende Personen begrenzte Mittel, wenn wir unseren Job, und im Falle von Beamt*innen, unseren Status behalten möchten. Umso wichtiger ist es, diese auch zu nutzen! Es wäre meines Erachtens auch ein wichtiger Schritt zu einem reflektierteren Umgang in der Gesellschaft mit den Themen Schwangerschaft, Fehlgeburt, Krankheit und schließlich auch Arbeitsunfähigkeit, wenn ein verantwortungsbewusster Umgang mit ebendiesen in der Aus- und Weiterbildung von in Bildungseinrichtungen arbeitenden Personen geschult würde und in Bildungseinrichtungen selbstverständlich würde. Das umfasst viele Menschen, die Betroffenen so den Rücken stärken und zur Gesundheit vieler beitragen können.

(Die Autorin des Textes und der Karikatur ist GEW-Mitglied und der Redaktion bekannt.)

¹ Stand Frühjahr 2021

² Ich habe noch von keinem Fall gehört, bei dem eine Beschwerde zur Entlassung aus der SL geführt hätte. Wahrscheinlich kommt es hier auf die Schwere des „Vergehens“ an. Vielleicht herrscht hier aber auch größere Toleranz, weil Schulleitungen so dringlich benötigt werden?

Polizeibrutalität gegen Düsseldorfer Demo – Repressives NRW-Versammlungsgesetz stoppen!

Am 26. Juni fand in Düsseldorf eine große Demonstration gegen das geplante Versammlungsgesetz mit etwa 6.000 Teilnehmenden statt. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus etwa 170 Organisationen: Klimaaktivist*innen, Antifaschist*innen und -kapitalist*innen, Fußballfans, Datenschützer*innen, Gewerkschafter*innen, Jurist*innen und viele mehr. // **Bericht eines Teilnehmers**



Fronttransparent der Demo in Köln vom 28. Juni 2021 nach der Polizeigewalt von Düsseldorf;

Nach einigen Redebeiträgen auf den Rheinwiesen setzte sich die in zehn Blöcke aufgeteilte Demo mit Verspätung in Gang. Zunächst verlief alles friedlich, es wurde gerufen und gesungen, man überquerte die Oberkasseler Brücke Richtung Innenstadt.

Die Polizeipräsenz war verhalten, nur wenige Beamt*innen säumten den Streckenrand, was sich am Ende der Brücke schlagartig änderte. Eine Hundertschaft hatte behelmt hinter Hecken und Bäumen auf den Demonstrationszug gewartet. Als kurz hinter uns die kurdischen Demoteilnehmenden und der Antifa-Block den Anfang der Heinrich-Heine-Allee passieren wollten, drängten die Beamt*innen plötzlich auf die Straße. Sie schnitten die Teilnehmenden hinter uns von der Demo ab und hinderten sie am Weitergehen.

Pfefferspray und Schlagstöcke

Die Polizei begann nun damit, gewaltsam in die abgetrennte Menschenmenge zu drängen. Weitere Einsatzkräfte bahnten sich brutal den Weg am Häuserrand entlang zum Antifa-Block. Dabei kam es völlig unverhältnismäßig zum Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray. Die Situation schaukelte sich für mehrere Minuten gefährlich hoch, es wurde getreten, geschlagen und geschoben. Große Teile der bereits weiter gezogenen Demo kamen zurück, unter anderem der Fanblock von Fortuna Düsseldorf und die Klimaaktivist*innen. Diese stellten sich unmittelbar der Polizei entgegen. Irgendwann hatte man offenbar seitens der Polizeieinsatzleitung genügend Bildmaterial zusammen und gab dem Druck der nun deutlich in der Überzahl stehenden und lautstark protestierenden Demoteilnehmenden nach. Der Demonstrationszug setzte sich wieder in Gang.

Nach etwa einem Kilometer war jedoch schon wieder Schluss. Ecke Breitestraße/Bastionstraße stürmten erneut Polizist*innen in voller Kampfmontur mitten in die Demo und trennten den Antifa-Block und die dahinterliegenden Beteiligten vom Rest. Nun wurde der Block komplett eingekesselt und nicht wieder freigegeben. Nach

etwa einer Stunde hieß es, der Block der Antifa sei von der Demo ausgeschlossen worden, da mehrfach Straftaten in und aus diesem heraus begangen worden seien. Dabei bezog man sich auf „Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte“, „Vermummung durch zu hohes Tragen von Bannern und Flaggen“ (das wäre selbst nach dem neuen VersG NRW nicht strafbar!) sowie „das Abbrennen diverser Pyrotechnik“.

Starke Solidarität

Wenn man Gründe finden will, dann (er)findet man auch welche. Tatsache ist, dass die Einsatzkräfte der Polizei die bis dahin völlig friedliche Demonstration massiv störten und blockierten, seit sie die Innenstadt erreicht hatte. Offensichtlich sollte der Demozug sein Ziel – den Landtag – nie erreichen. Stattdessen wurden der Antifa-Block und Teile des Jugend- sowie des LINKE-Blocks für sechs Stunden eingekesselt! Den Demonstrierenden im Kessel wurden Toilettengänge und teilweise der Zugang zu Trinkwasser verwehrt. Zu einigen wurden noch nicht einmal Sanitär*innen und Anwalt*innen durchgelassen. Einige Teilnehmende der weitergezogenen Demo inklusive eines Lautsprecherwagens kamen extra zur besagten Kreuzung zurück, um den Einkesselten ihre Solidarität auszudrücken. Das äußerte sich nicht nur durch bloße Anwesenheit, sondern durch immer wieder lautstarke Gesänge „Ihr seid nicht allein!“ und dergleichen.

Die Polizei versuchte durch kleinere Rangeleien und Geschiebe immer wieder, die Leute vom Ort des Geschehens wegzudrängen, was jedoch nicht gelang.

Wir blieben noch fast vier Stunden vor Ort, bis die ersten Gekesselten nach einer Identitätsfeststellung gehen durften. Teilnehmende, die in die Gefangenenammelstelle verbracht worden waren, mussten teilweise bis 3:30 Uhr ausharren, bis sie endlich entlassen wurden. Insgesamt wurden etwa 100 Demoteilnehmer*innen verletzt – viele durch den massiven Einsatz von Pfefferspray. Ein-

gen Leuten waren mit Gewalt die zum Schutz aufgespannten Regenschirme entrissen worden, damit man ihnen anschließend besser in die Augen spritzen konnte. Fast durchgehend wurde durch die Polizei gefilmt.

Das ist alles grob rechtswidrig und eine reine Machtdemonstration seitens der Polizei. Und eben dieser soll das neue VersG NRW noch mehr Macht und Befugnisse zugestehen. In der Begründung zum Militanzverbot, § 18 des neuen VersG NRW, formuliert die Landesregierung: „Als Beispiel mag auf uniformierte rechts- oder links-extremistische Verbände in der Weimarer Republik wie die SA, die SS und ihre Untergliederungen verwiesen werden.“ Allein die hier vorgenommene Gleichstellung von SA und SS mit linken Verbänden von damals (erst recht von heute) ist eine Unverschämtheit und eine Verharmlosung der faschistischen Gewalt.

Reuls Eigentor

Aufgrund der Tatsache, dass offenbar auch Journalist*innen unter den Verletzten waren, fand die anschließende Berichterstattung über die Demo in einer Art statt, die weder Polizei noch Landesregierung in den Kram passen dürfte. Bis dahin war nämlich nur von dem üblichen Gerangel auf Demos die Rede. Mit Bekanntwerden eines von der Polizei geschlagenen dpa-Fotografen hat sich dies jedoch schlagartig geändert. Die Fraktionen von SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag setzten eine Aktuelle Stunde durch, die LINKE kündigte rechtliches Vorgehen gegen den Polizeieinsatz an und fordert den Rücktritt von Innenminister Reul. Vor dem Landtag demonstrierten am 1. Juli rund 100 Menschen.

In Köln fand mit nur einem Tag Vorlaufzeit am 28. Juni eine sehr laute, kämpferische Demonstration mit 1.000 Menschen statt, die über die Polizeigewalt empört waren. Die Polizei hatte die Düsseldorfer Demo gezielt über Stunden attackiert, um die Bewegung gegen das Versammlungsgesetz zu kriminalisieren. Doch Reul hat sich verkalkuliert – durch die Gewalt wurde die öffentliche Debatte angeheizt. Selbst Politiker*innen des Koalitionspartners FDP wollen auf einmal nicht gewusst haben, wie undemokratisch das Gesetz ist. Doch das sind Nebelkerzen. CDU und FDP wollen das Gesetz weiterhin durchsetzen.

Nach der Polizeirandale von Düsseldorf sind die Chancen, das Gesetz noch zu stoppen, größer als zuvor. Jetzt kommt es darauf an, die Bewegung zu verbreitern und nach der Sommerpause größere Proteste und eine öffentliche Kampagne der Aufklärung und Mobilisierung zu organisieren. Vor allem die Gewerkschaften müssen jetzt von leiser Kritik am Rande zur Beteiligung an den Protesten übergehen und in Untergliederungen und Betrieben mobilisieren – in eigenem Interesse, denn das Versammlungsgesetz soll perspektivisch auch gegen Streiks und Aktionen der Arbeiter*innenbewegung eingesetzt werden.

Versammlungsverhinderungsgesetz

Es hat sich gezeigt, wo die Reise hingehen soll: Nicht Versammlungen sollen geschützt werden, sondern die Herrschenden vor Versammlungen. Die Polizei attackiert bereits jetzt auch ohne rechtliche Grundlage, und würde durch das neue Versammlungsgesetz NRW weitere Spielräume bekommen. Ferner sind wir künftig darauf angewiesen, dass die Exekutive den rechten Aufmärschen Einhalt gebietet. Unser Einschreiten durch lautstarke und störende Gegendemos oder gar Blockaden wäre künftig strafbar und mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren bedroht. Da die Polizei jedoch bekanntermaßen selbst von rechten Strukturen durchzogen ist, öffnet das neue Gesetz den Rechten Tür und Tor.



56 Prozent am Tag der Bundestagswahl ...!

Am 26. September fand nicht nur die Bundestagswahl statt. In Berlin wurde gleichzeitig ein Volksentscheid durchgeführt, ob die in der Stadt aktiven Wohnungsunternehmen enteignet werden sollen. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Mit 56,4 Prozent Zustimmung fuhr die weitreichendste Kampagne, zu der es seit Jahren in Deutschland gekommen ist, einen erdrutschartigen Sieg ein! Zehn der insgesamt 12 Berliner Bezirke stimmten bei der Frage „Deutsche Wohnen und Co. enteignen?“ mehrheitlich mit „ja“.

Jede zukünftige Berliner Regierung wird nun unter erheblichem Druck der Mieter*innenbewegung und dieser Kampagne stehen. Es geht um die Kampagne „DW enteignen!“, die sich die Vergesellschaftung der Wohnungsgesellschaft „Deutsche Wohnen“ und weiterer zum Ziel gesetzt hat. Da zeitgleich großangelegte Streiks an der Berliner Charité sowie beim Krankenhausbetreiber Vivantes stattgefunden haben, herrschte in der Hauptstadt eine Atmosphäre, die die kandidierenden Spitzenpolitiker*innen in Berlin stark unter Druck gesetzt hat.

Der Kampf um die Umsetzung beginnt

Franziska Giffey (SPD), designierte neue Regierende Bürgermeisterin der Hauptstadt, hat schon vor der Wahl mitgeteilt, dass sie nicht daran denkt, den Volksentscheid umzusetzen. Auch die Grünen wollen lieber einen Runden Tisch mit den Immobilienkonzernen und sie freundlich bitten, jetzt doch etwas netter zu den Mieter*innen zu sein. Sie werden versuchen, die Enteignung juristisch und politisch zu verhindern. Eine breit angelegte strategische Diskussion über die nächsten Schritte der Kampagne (stadtpolitische Konferenz, nächste Demotermine, „Besuche“ bei Regierungsparteien) wird jetzt nötig sein.

Lehrergewerkschaft in Hong Kong bricht unter den Angriffen der Regierung zusammen

Nur mit massenhaft organisiertem Widerstand und mit Solidarität können wir den Attacken der Diktatur in China auf unsere gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte standhalten. Verfasst von der Organisation SARCHK („Solidarität gegen die Repression in China und Hong Kong“); Übersetzung durch // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Vorbemerkung der Redaktion:

Dass in der letzten Zeit kaum noch über die Ereignisse in Hong Kong berichtet wird, liegt nicht daran, dass der Kampf für demokratische Rechte dort eingestellt oder gar mit einem Erfolg zu Ende gebracht worden wäre.

Anlässlich der Veröffentlichung der vorletzten „forum“-Ausgabe hatte die Redaktion bereits diskutiert, eine Verlautbarung der HKPTU (Gewerkschaft der Lehrkräfte in Hong Kong) mit in unser Kölner GEW-Mitgliedermagazin aufzunehmen. Letztendlich entschieden wir uns aber dagegen, weil wir den Inhalt des damaligen Textes – angesichts der Heftigkeit, mit der gegen die Demokratiebewegung vorgegangen wurde – als überraschend moderat, als zu moderat einschätzten.

Jetzt, da die Ereignisse sich überschlagen haben, sehen wir uns leider mit unserer damaligen Einschätzung bestätigt. Es geht um die Frage, wie eine Gewerkschaft staatlicher Repression entgegenwirken kann ... und muss.

Aktuelle Ergänzung der Verfasser*innen des sich anschließenden Artikels:

Am 10. August, nachdem der folgende Artikel bereits geschrieben worden war, hat der Vorstand der HKPTU die Gewerkschaft, die 1973 gegründet worden ist, formell aufgelöst. Dass es zu dieser katastrophalen Situation kommen würde, war – wie aus unserem Ursprungsartikel hervorgeht – leider schon klar, da die Gewerkschaftsführung vor den ungeheuerlichen Angriffen und der Hetzkampagne der Regierung zuvor bereits kapituliert hatte. Dieser neue Schritt bestätigt nun abermals, wie dringend nötig eine komplett andere Herangehensweise ist, will man die Gewerkschaftsarbeit und den Kampf gegen den Autoritarismus neu aufbauen. Es muss ein Ansatz sein, der auf der Solidarität und dem Kampf der Arbeitnehmerschaft aufbaut. Vor allen Dingen müssen Beziehungen zwischen den Arbeitnehmer*innen in Hong Kong zu denen in Festland-China hergestellt werden, wobei enge Verbindungen zur internationalen Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle spielen.

Am 31. Juli dieses Jahres haben die vom Regime in China kontrollierten Medien damit begonnen, Attacken gegen die HKPTU („Hong Kong Professional Teachers Union“), die größte Gewerkschaft in Hong Kong, zu fahren. Die wichtigste Tageszeitung der „Kommunistischen Partei Chinas“ (KPC), die „People's Daily“, wendete eine faschistische Sprache an und bezeichnete die HKPTU als „bösartigen Tumor“, der „herausgeschnitten“ werden muss. Die Anschuldigungen, die die KPC gegen die Gewerkschaft ins Feld führt und die typisch sind für ihre Propaganda eines „außenstehenden Aufhetzers“, bestehen darin, dass die HKPTU vor allem während der Massenproteste von 2019 ihre Mitglieder und die Studierenden aufgestachelt habe, gegen die Diktatur zu revoltieren. Damals waren über zwei Millionen Menschen auf die Straße gegangen. Alle, die an diesen Protesten teilgenommen haben, wissen, dass die Führung der HKPTU keine besonders große Rolle dabei gespielt und im Gegenteil den Kampf sogar behindert hat.

Völlige Vereinnahmung durch Festland-China

Ganz den Vorgaben der Obrigkeit entsprechend vollstreckte das Bildungsministerium von Hong Kong („Education Bureau“) den Willen des Regimes nur wenige Stunden, nachdem besagte Ausgabe der „People's Daily“ erschienen war. Der Gewerkschaft, die 95.000 Mitglieder zählt und somit 90 Prozent der Lehrkräfte der Stadt organisiert, wurde faktisch die Anerkennung entzogen. Das „Education Bureau“ wie die gesamte Marionetten-Regierung von Hong Kong streben eine vollkommene Vereinnahmung durch Festland-China an. Das entspricht dem politischen Willen der Diktatur unter Xi Jinping. Sämtliche Spuren von demokratischen Rechten, die in Hong Kong in den letzten Jahrzehnten und im Gegensatz zur Herrschaft in China jemals Bestand hatten, sollen getilgt werden. Abgesehen vom „Allchinesischen Gewerkschaftsbund“ (der die Bezeichnung „Gewerkschaft“ nicht verdient und den Methoden des Polizeistaats entspricht) gelten sämtliche Arbeitnehmervereinigungen in China als illegal.

„Die HKPTU ist die einzige Gewerkschaft im pan-demokratischen Block, die über sehr große organisatorische Macht verfügt. Sie kann sehr wirkungsvoll Nachrichten unter ihren Mitgliedern verbreiten und unterstützt damit die Bewegung ganz wesentlich“, so die Charakterisierung des HKPTU-Mitglieds und politischen Kommentators Ivan Choy Chi-keung von der „Chinesischen Universität“ in Hong Kong (aus: „South China Morning Post“, 4. August 2021).



Gegen die Gehirnwäsche Pekings in den Schulen von Hong Kong

Choy's Beschreibung ist nicht ganz falsch. Die HKPTU hat bzw. hatte einen potentiell beträchtlichen Einfluss. Doch was dabei völlig außer Acht gelassen wird, ist die schreckliche Rolle, die die bürgerliche pan-demokratische Führung der Gewerkschaft immer wieder eingenommen hat. Sie hat sowohl als Gewerkschaft wie auch als einflussreiche Kraft innerhalb des pan-demokratischen Blocks ständig wie eine Art bürokratischer und konservativer Bremse auf den Kampf gewirkt. Beim pan-demokratischen Block handelt es sich um die Kräfte, die den Kampf für Demokratie in Hong Kong traditionell dominiert haben. Die Feigheit und Unfähigkeit des Vorstands der HKPTU, irgendeine Form von organisiertem Widerstand zu leisten, tritt jetzt, da die KPC ihre wüsten Angriffe durchführt, für alle offen sichtbar zu Tage. Die Gewerkschaft ist schlichtweg in sich zusammengefallen anstatt wenigstens zu versuchen, ihre Mitglieder zusammenzuholen und sich mit ihnen in den Verteidigungskampf zu begeben.

Eine Umfrage vom Mai hat gezeigt, dass 40 Prozent der Lehrkräfte in Hong Kong ihren Beruf aufzugeben gedenken. Dieser Trend wird nach der Kapitulation der HKPTU weiter zunehmen.

Foto - S. Tang

2.500 von den mehr als 10.000 Personen, die wegen ihrer Teilnahme an den Protesten von 2019 inhaftiert worden sind – also ein Viertel – war minderjährig.

Bei den bürgerlichen führenden Köpfen der pan-demokratischen Bewegung, für die die Führungspersonen der HKPTU ganz typisch sind, handelt es sich nicht um die glühenden Kämpfer*innen für die Demokratie, als die sie von der Propaganda in China (und übrigens auch in den USA) so gern dargestellt werden. Sie sind vielmehr als notorische Zöger*innen zu bezeichnen, die immer darauf aus sind, der Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Die Reaktion der HKPTU-Repräsentant*innen auf diesen Frontalangriff gegen das Existenzrecht ihrer eigenen Gewerkschaft hat schlimme Folgen für die Lehrkräfte und die Zukunft der Gewerkschaften in Hong Kong. Schließlich wird die HKPTU dort als größter „Dominostein“ (betrachtet), der unter die Räder der totalitären Gegen-Revolution der KPC gekommen ist“. Eine Gewerkschaft mit einer derartigen Führung kann nur als „gefährdete Art“ bezeichnet werden.

Die Diktatur in China fürchtet sich vor der Rolle, die die jungen Leute bei den Massenprotesten eingenommen haben, und geht fälschlicher Weise davon aus, dass es weiteren Aufruhr verhindert, wenn die Schulen mit Propaganda überflutet werden.

Aufgabe von Positionen

Schon vor der Aberkennung des gewerkschaftlichen Status und ganz nach der Art weiterer Teile des „moderaten“ pandemokratischen Blocks sind die Spitzen der HKPTU von jeglicher oppositioneller Rolle, die von Bedeutung gewesen wäre, zurückgewichen. Im Laufe des vergangenen Jahres ist man mit der diskutablen Behauptung, „die Gewerkschaft als solche zusammenzuhalten“, unter dem Druck des Regimes eingeknickt. Letzten Monat verließ man die „Hong Kong Alliance“ (volle Bezeichnung: „Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements of China“), ein Bündnis aus diversen pandemokratischen Parteien und NGOs, das bis zum Verbot von vor zwei Jahren immer am 4. Juni die Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag des Blutbads von Tiananmen-Platz organisiert hatte. Das Bündnis selbst leistet nur symbolischen verbalen Widerstand gegen die Repression des Regimes (dabei ist die politische Aufmachung dieses Bündnisses mit dem des HKPTU-Vorstands identisch). Man entspricht somit einem allgemeineren Trend zu kapitulieren, der unter den offiziellen Parteien und Gruppierungen aus dem Kampf um Demokratie zu verzeichnen ist. In den letzten 12 Monaten haben sich mehr als 20 Parteien und Gruppierungen aufgelöst.

Die führenden Köpfe der HKPTU haben die Gewerkschaft in der vergangenen Woche gewissermaßen als Kraft abgewickelt, die imstande wäre, für die Rechte der Lehrkräfte einzutreten und sich der reaktionären Agenda der Regierung zu widersetzen. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Entschlossenheit des Regimes unter Xi, ultra-nationalistische „Bildung“ in den Schulen einzuführen und damit dem status quo in Festland-China zu entsprechen. Die HKPTU hat die Einrichtung einer Arbeitsgruppe angekündigt, die sich mit Blick auf ihre Mitglieder und die Schülerschaft mit der Geschichte und Kultur Chinas und der „Zuneigung zu Heimat und Staat“ befassen soll. Das ist eine Kehrtwende, mit der man auf die Propaganda der KPC reagiert und hofft, den Vorwurf des „böartigen Tumors“ wieder aus der Welt zu bekommen. Dieser Schritt wird jedoch nur zur Demoralisierung der Mitgliederbasis führen und Schüler*innen von der Gewerkschaft entfremden. Letztere stellen die übergroße Mehrheit derer, die die offizielle und als „Bildung“ verkleidete KPC-Propaganda verabscheuen. Dieses Vorgehen hat nichts mit Taktik zu tun. Damit wird weder Zeit gewonnen noch hilft es, neue Angriffe zu verhindern. Erreicht wird nur das Gegenteil: Niemand im Regierungslager wird sich von diesem dürftigen Manöver beeindruckt zeigen. Stattdessen werden sich viele Lehrkräfte, denen die Regierungsmaschinerie zutiefst zuwider ist, verraten fühlen.

Darüber hinaus hat die HKPTU ihre Abkehr vom Gewerkschaftsbund von Hong Kong (HKCTU) beschossen. Sie geht also noch einen Schritt weiter und verabschiedet sich von grundlegenden gewerkschaftlichen Prinzipien. Der HKCTU ist der wichtigste Dachverband.

Auch scheidet man mit sofortiger Wirkung aus der weltweit 32 Millionen Mitglieder zählenden Bildungsinternationale „Education International“ aus (der auch die GEW aus Deutschland angehört; Erg. d. Übers.). Die Führung der HKCTU, die auch zu den pandemokratischen Gruppen zählt, äußerte, dass die Entscheidung der HKPTU „nachvollziehbar“ sei. Die HKPTU ist die mit weitem Abstand größte Mitgliedsgewerkschaft des Dachverbands. So lang das Regime der KPC es mit einer derartigen „Opposition“ zu tun hat, wird sie in ihrem harten Durchgreifen nicht aufzuhalten sein. Gewerkschaftliche Arbeit ist in Gefahr.

Die Rolle der jungen Leute

Der Angriff auf die HKPTU sollte in einem größeren Zusammenhang betrachtet werden: Der gesamte Bildungssektor in Hong Kong ist ein ganz wesentlicher Bereich für den Kampf gegen die antidemokratische Gegen-Revolution. Plötzlich soll überall die Flagge Chinas geehrt werden, und es soll eine „patriotische Bildung“ zum Zuge kommen. Das ist der neue Ausdruck, den Peking für die Gehirnwä-

Im Unterricht sollen weder die große Hungersnot von 1958 bis -62 („Der Große Sprung nach vorn“) noch das Blutbad auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 und auch nicht die Gefangenenlager in Xinjiang oder der kulturelle Genozid an den Uigur*innen behandelt werden. All dies hat plötzlich nicht mehr stattgefunden.

sche benutzt, die in der Schule stattfinden soll. In Klassen und Kursen, denen „patriotische Bildung“ zuteil wird, existieren weder die große Hungersnot von 1958 bis 1962 („Der Große Sprung nach vorn“) noch das Blutbad auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 und auch nicht die Gefangenenlager in Xinjiang oder der kulturelle Genozid an den Uigur*innen. All dies hat plötzlich nicht mehr stattgefunden.

Die Diktatur in China fürchtet sich vor der Rolle, die die jungen Leute bei den Massenprotesten eingenommen haben, und geht fälschlicher Weise davon aus, dass es weiteren Aufruhr verhindert, wenn die Schulen mit Propaganda überflutet werden. 2.500 von den mehr als 10.000 Personen, die wegen ihrer Teilnahme an den Protes-



ten von 2019 inhaftiert worden sind – also ein Viertel – war minderjährig. Die Kapitulation der HKPTU wird, was das angeht, weitreichende Reaktionen jenseits der Gewerkschaftsmitglieder hervorrufen. Das gilt vor allem für die jüngere Generation, die Gefahr läuft, terroristischen Stimmungen zu unterliegen. Doch das wäre für den weiteren Kampf nichts anderes als eine Sackgasse.

Lange bevor man gegen die HKPTU hart durchgegriffen hat, sind Lehrkräfte bereits ins Visier geraten. Ihre Beiträge in den sozialen Medien wurden durchleuchtet. Eine Umfrage vom Mai hat gezeigt, dass 40 Prozent der Lehrkräfte in Hong Kong ihren Beruf aufzugeben gedenken. Dieser Trend wird nach der Kapitulation der HKPTU weiter zunehmen. Hinzu kommt, dass kleinere Organisationen von Lehrkräften (darunter auch eine Basisgruppe, die innerhalb der HKPTU Bestand hatte) sich schon selbst aufgelöst haben, weil sie Repressalien fürchten.

Wenn die HKPTU-Führung es abgelehnt hätte zu kapitulieren und ihre Mitglieder stattdessen zu Massenversammlungen zusammengerufen hätte, um sich über den Angriff der „People’s Daily“, wonach man als „Tumor“ bezeichnet werden müsse, auszutauschen, dann hätte das die Gegen-Revolution durchaus dazu zwingen können, nachzugeben. Selbst das unheimlich schwammige und eigentlich auf alles anwendbare „Nationale Sicherheitsgesetz“ wäre auf

Wir rufen die internationale Arbeitnehmerschaft dazu auf, Solidaritätskampagnen für diejenigen zu unterstützen, die für wirklich unabhängige Gewerkschaften und demokratische Rechte für die Arbeitnehmer*innen in Hong Kong und China kämpfen.

eine harte Probe gestellt worden, da der Protest gegen den Vorwurf, ein „Tumor“ zu sein, erst noch als Straftat hätte definiert werden müssen. Das hätte zum Kulminationspunkt für weitere Aktionen und Versammlungen gemacht werden können, um eine Verteidigungslinie für die HKPTU und gewerkschaftliche Arbeit allgemein aufzubauen. Doch die Führung hat kapituliert und damit die Annahme bestärkt, wonach der Gegen-Revolution und dem harten politischen Vorgehen der KPC nichts entgegenzusetzen ist.

Solidarität der Arbeitnehmerschaft

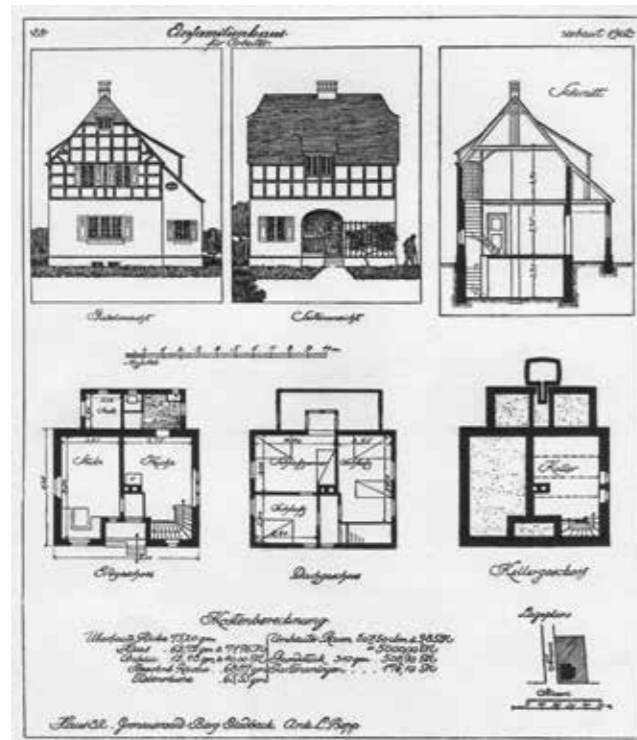
Die Organisation SARCHK („Solidarität gegen die Repression in China und Hong Kong“) hat wiederholt davor gewarnt, dass die anhaltende Gegen-Revolution sich auch gegen die Gewerkschaften richten wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass demnächst der politische Streik verboten und auf dieser Basis künftig jede Arbeitsniederlegung für illegal erklärt wird. Das Ziel der Diktatur in Peking besteht darin, Hong Kong vollständig einzuverleiben. Das bedeutet: keine Gewerkschaften, kein Streikrecht sowie Repression und Einschüchterung in den Betrieben.

Die Gruppe SARCHK ruft die weltweite Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dazu auf, Alarm zu schlagen und mit solidarischem Handeln gegen die brutalen Angriffe des Regimes auf die Gewerkschaften zu reagieren. Das muss die Lehrkräfte von Hong Kong mit einschließen, die nun auf brutale Weise von der bürokratischen Führung ihrer bisherigen Gewerkschaft im Stich gelassen worden sind. Daraus müssen wir die Lehren ziehen: Kapitulation kann keine Taktik oder gar Teil einer Strategie sein. Kapitulation heißt Aufgabe! Wir rufen die internationale Arbeitnehmerschaft dazu auf, Solidaritätskampagnen für diejenigen zu unterstützen, die für wirklich unabhängige Gewerkschaften und demokratische Rechte für die Arbeitnehmer*innen in Hong Kong und China kämpfen.

Die HKPTU hat ihre Abkehr vom Gewerkschaftsbund von Hong Kong (HKCTU) beschossen und scheidet auch mit sofortiger Wirkung aus der weltweit 32 Millionen Mitglieder zählenden Bildungsinternationale „Education International“ aus (der auch die GEW aus Deutschland angehört).

Die Idee vom Eigenheim für Arbeiter zu Beginn des 20. Jahrhunderts am Beispiel der Gronauer Waldsiedlung in Bergisch Gladbach

// Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin (Text und Fotos)



Skizze Arbeiterhaus



Beamtenhaus der 1. Bauphase

Die Frage nach Wohnraum hatte sich um die Wende vom 19. zum 20. Jh. zu einem gesellschaftspolitischen Problem entwickelt. Es mangelte in jener Zeit vor allem an preiswerten Wohnungen. So wurde der Bau von Mehrfamilienmietshäusern in den Großstädten vorangetrieben. Die Wohnungen in diesen „Mietskasernen“ waren oft schlecht geschnitten, hygienischen und gesundheitlichen Aspekten wurde kaum Rechnung getragen, soziale Spannungen waren an der Tagesordnung.

Vor diesem Hintergrund planten Anna und Richard Zanders - Miteigentümer der Bergisch Gladbacher Papierfabrik - orientiert an der Idee des Engländers Howard von einer Gartenstadt als ganzheitlichen lebensreformerischen Ansatz - „ihre“ Gronauer Waldsiedlung. 1897 erwarb das Fabrikantenehepaar ein 30 Hektar großes Gelände - den Gronauer Wald - unweit der Papierfabrik Zanders.

Die Zanders verfolgten das Ziel, den in ihrem Werk beschäftigten Arbeitern bessere Wohnverhältnisse zu bieten, die in Form von Einfamilienhäusern eine echte Alternative zum Leben in der Mietskaserne darstellen würden. Außerdem sollte gezeigt werden, dass die Errichtung von Einfamilienhäusern für einfache Bevölkerungskreise wirtschaftlich möglich war. Die Idee Richard Zanders' war ein „kleines eigenes Haus in anmutiger Ausgestaltung für Minderbemittelte“ zu realisieren.

Die erste Bauphase der Siedlung begann ab 1900. Mit dem Entwurf des Bebauungsplans, der sich an den Vorgaben der Landschaft orientieren sollte, wurde der Architekt Ludwig Bopp beauftragt. Es wurden freistehende Einfamilienhäuser errichtet.



Beamtenhaus heute



Arbeiterhaus heute - restauriert

Der Festpreis für das Haus lag damals bei 5.000 RM, ein Arbeiter hatte einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 800 bis 900 RM. Bei der Finanzierung halfen sowohl die Stadt Bergisch Gladbach als auch der Arbeitgeber mit der Privatstiftung „Einfamilienhaussiedlung Gronauerwald“.

Bis 1906 wurden 71 Einfamilienhäuser errichtet, 59 Häuser für Arbeiter und 12 Häuser für Beamte. Eine gewisse soziale Durchmischung war hier das Ziel. Als „Beamte“ galten zu dieser Zeit auch Angestellte, da sie im Gegensatz zu den Arbeitern einen monatlichen Lohn erhielten.

Merkmale der Häuser aus der 1. Bauphase sind die verputzten Fassaden und die Satteldächer. Besonders hervorzuheben sind die neun bogenförmig angeordneten Fachwerkhäuser, die als Rondell um eine alte Eiche im Zentrum des neuen Wohngebietes entstanden.

Anna Zanders beeinflusste die Innenaufteilung der Arbeiterhäuser. In den eineinhalbgeschossigen Bauten befanden sich Wohnzimmer und Wohnküche im Erdgeschoss. Das Wohnzimmer, die sogenannte gute Stube, sollte nicht zu groß sein. Sie wurde selten genutzt und die dafür anzuschaffenden Möbel waren teuer. Die Küche, der größere Raum im Erdgeschoss, war aus hygienischen Gründen unterteilt in einen Spülbereich und einen Wohnbereich. Im Obergeschoss gab es neben dem Schlafzimmer für das Ehepaar, ein Jungen- und ein Mädchenschlafzimmer. Jedes Haus besaß einen Keller und einen Speicher. Die Grundstücke waren zwischen 500 und 600 m² groß.

Für die erste Gestaltung der Außenanlage der Siedlung konnte der Berliner Gartenarchitekt Albert Brodersen gewonnen werden, der zu dieser Zeit schon eine herausra-

gende Persönlichkeit in seinem Fachgebiet war und für die Gronauer Waldsiedlung geradezu einen Glücksfall darstellte.

Bis ins Detail geplant wurden sowohl der Vorgartenbereich als auch die hinter dem Haus befindlichen Garten- und Nebengärten vorgesehen, oft im Eingangsbereich mit einer Sitzgelegenheit, die zu einem kurzen Plausch mit den Nachbarn einlud. Der rückwärtige Nutzgarten sollte mit Liguster, Weißbuche oder Dornhecken eingefriedet werden. Zur gesunden Ernährung der Familie sollten ertragreiche Obstbäume und Beerensträucher, Gemüsepflanzen, Kartoffeln und Küchenkräuter gepflanzt werden. Dies bezog man in einer siedlungseigenen Gärtnerei. Ein Platz zum Bleichen der Wäsche war in der Gartengestaltung vorzusehen.

Die Beamtenhäuser der 1. Bauphase wurden im Gegensatz zu den Arbeiterhäusern nach individuellen Bauherrenwünschen gebaut. Sie waren in der Regel zweigeschossig. Blumenfenster oder Erker wurden zur Betonung der Straßenseite gestaltet eingesetzt. Bei der rückwärtigen Gartengestaltung war ein Teil als Nutzgarten - wie bei den Arbeiterhäusern - anzulegen.

Als 1906 Richard Zanders bei einem Jagdunfall ums Leben kam, stockte die Bautätigkeit, bis 1913 entstanden nur noch 9 weitere Häuser. 1913 veranlasste die Witwe, Anna Zanders, die Umwandlung der bisherigen Privatstiftung „Einfamilienhaussiedlung Gronauerwald“ in die „Gemeinnützige Gartensiedlungsgesellschaft Gronauerwald mbH“ (GGG). Das sollte der Bautätigkeit Aufschwung geben. Der Erste Weltkrieg vereitelte dies.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, während der großen Wohnungsnot, wuchs

die Siedlung trotz anschließender Inflation und Weltwirtschaftskrise bis 1929 auf 320 Häuser an. Bis 1937 entstanden weitere Häuser für 200 Familien, baugleiche Wohnhäuser, symmetrische Reihenhäuser, in der Architektur einheitlicher und schlichter als die Bauten der ersten Bauphase. Zur Linderung der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg erarbeitete die Gesellschaft 1948 ein neues Wohnungsbauprogramm, das zunehmend Mehrfamilienhäuser vorsah.

Das Gelände der Wohnsiedlung zeigt sich heute als recht heterogenes Wohnviertel in einer ruhigen, stadtnahen Lage. Etliche Bauten sind zum Teil sehr stark verändert, die Freiflächen haben ihren Charakter eingetauscht: Nutzgärten haben sich zu Ziergärten gewandelt, Gemüsebeete sind heute Rasenflächen.

Der historisch überzeugendste Siedlungsteil der ersten Bauphase (1900-1906), der Platz „An der Eiche“ zusammen mit der Straße „An der Tent“ sind jedoch gut erhalten. In diesem kleinen Teil ist die ursprüngliche Idee der sorgfältig vorbereiteten und durchgeführten Siedlungsanlage bis heute anschaulich nachvollziehbar geblieben.

Bei dem Rundgang durch die Siedlung waren die Senior*innen vom schlüsselfertigen Eigenheim, das schon um 1900 möglich war, begeistert. Ein garantierter Festpreis zum Erwerb eines Einfamilienhauses mit gleichzeitiger Finanzierungsgrundlage ist heute meist ein nicht zu verwirklichter Traum.



Deutz

// **Helga Löbbert, Aktive Ruheständlerin**

Seit ich morgens WDR 2 höre, weiß ich, es gibt für alles Gedenktage. Heute Morgen war es 70 Jahre her, dass Philips einen Fernseher für alle auf den Markt brachte. Bemerkenswert - muss man sich aber wohl nicht merken und die anderen 364 Gedenktage auch nicht. Gedenkmomente gibt es meines Wissens nicht. Sind wir also schon bei den Gedenkjahren, und 1.000 Jahre sind viel Zeit. 1021 starb Heribert. Nun wird nicht jeder gleich wissen, wer Heribert war. "Heribert war einer der hervorragenden Erzbischöfe von Köln und gehörte zu den wichtigsten Vertretern der Reichskirche", so zu lesen im Flyer zur Ausstellung: Gerechtigkeit - Macht - Frieden - 1.000 Jahre Heribert von Köln. Wäre für mich auch nicht besonders interessant, wenn wir uns nicht an Alt St. Heribert mit Markus Juraschek-Eckstein zu einer Führung durch Deutz getroffen hätten.

Im Jahre 1000 hatten Kaiser Otto III. und sein Kanzler Erzbischof Heribert gelobt, derjenige, der den anderen überlebt, würde ein der Mutter Gottes geweihtes Kloster am Rhein in Deutz gründen. Da Otto schon 1002 starb, musste Heribert handeln, um das Gelöbnis zu erfüllen. Die Kirche wurde wohl etwas zu hastig erbaut, denn sie stürzte kurz nach der Fertigstellung ein. 1020 wurde eine neue Kirche auf einer vier Meter starken Fundamentplatte gebaut. Diese Kirche fiel nun nicht von selbst zusammen, lockte aber im Laufe der Jahrhunderte immer mal wieder zur Zerstörung. 1376 waren es Kölner Bürger, die die Kirche abfackelten. Die letzte große Zerstörung kam mit den Bomben im 2. Weltkrieg.

Fünf Mal zerstört und genauso oft wieder aufgebaut in verschiedenen Stilen, aber der Grundriss blieb gleich, nachempfunden dem Grundriss von St. Gereon. Seit 1994 feiert die griechisch-orthodoxe Gemeinde hier ihre Messen und die Abtei ist ein Altersheim. Da wollte ich immer hin wegen der schönen Aussicht auf dem Dom. Schon Victor Hugo wohnte 1838 in Deutz und kommentierte: „Lieber in Deutz wohnen und auf den Dom sehen als umgekehrt.“ Köln als schmutzige, wenig beleuchtete Stadt, in der er sich schlecht orientieren konnte, gefiel ihm nicht.

Zurück nach Deutz und nach Neu St. Heribert - diese Kirche entstand zwischen 1891-1896 auf einem Grundstück an der Ecke Deutzer Freiheit und Tempelstraße, das die Witwe Anna Maria Mechtildis Neuhoff mit der Auflage, dort eine Kirche zu bauen, hinterlassen hatte. Im Rahmen des 1000-jährigen Jubiläums sind dort und in der Domschatzkammer Ausstellungsstücke zu sehen. Der kostbare goldene Reliquienschrein ist sicher ein Glanzstück. Wie der Schrein in St. Severin steht er erhöht, man kann darunter hergehen und Segen von oben erleben. Zurzeit kann man aber auch ein Treppchen bestiegen und die Kostbarkeit von nahem bestaunen.

Der Name der Ausstellung: „Gerechtigkeit - Macht - Frieden“ stimmt mich allerdings nachdenklich.

Ich frage mich, ob Deutzer Bürger im Laufe der Jahrhunderte das auch so empfunden haben, denn irgendwie kriegten sie immer eins auf die Hücke, ständig tummelte sich dort das Militär. 1818 war von 3.400 Bewohnern jeder vierte Soldat, dieses Mal ziemlich viele Preußen.

Seit die Römer 445 ein Kastell gegen die Franken hatten, wurden Befestigungen gestürzt, geschliffen und wieder aufgebaut. Zwischen 1818 und 1823 legten die Preußen eine Befestigung an. Straßennamen wie Kasemattenstraße erinnern daran. Nun waren die Deutzer Bürger mal wieder sicher, aber auch sehr eingeeengt, denn es durfte nur innerhalb der Wallbegrenzung gebaut werden. 1907 begann die Schleifung der preußischen Wallbegrenzung und damit die Freiheit der Deutzer auch außerhalb des militärischen Kerngebietes zu bauen und Grün für alle anzulegen.

Der Architekt Wilhelm Riphan und der Gartenbauer Fritz Encke gehören in diese Zeit, Repräsentanten für bürgernahe Bauten und Parks. Einer darf nicht unerwähnt bleiben. August Bebel wurde 1840 innerhalb der Befestigung als Sohn eines Unteroffiziers geboren.

Da sich wesentlich mehr angemeldet hatten als mitgehen konnten, wiederholen wir diese Führung noch einmal im November.

Fotos: Helga Pennartz

Ausgrabungen unter dem Kölner Dom

Auch unter dem Kölner Dom ist es interessant. Wir besichtigen die Ausgrabungen mit Markus Juraschek-Eckstein.

Mittwoch, 2. Februar 2022

**1. Gruppe: 15.30 Uhr bis 17.00 Uhr
2. Gruppe: 17.00 Uhr bis 18.30 Uhr**

Kostenbeitrag: 10 Euro
Treffpunkt: Dom, Hauptportal, innen

Bei der Anmeldung bitte die favorisierte Uhrzeit - Gruppe 1 oder Gruppe 2 - mit angeben. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Treffpunkt: Vor dem Hauptportal

„Historischer Unterricht“

im Klassenzimmer und Führung durch die neue Sonderausstellung „Rolle vorwärts! Schule Katterbach 1871 - heute - morgen“ im Schulmuseum Bergisch Gladbach

Donnerstag, 9. Dezember 2021 um 11 Uhr
Treffpunkt: Schulmuseum Bergisch Gladbach, Kempener Str. 187
Dauer der Führung und Unterricht ca. 2 Stunden
Kosten: 5 Euro für Unterricht, Eintritt und Führung

Sollten es die Corona-Bedingungen erlauben, laden wir alle Teilnehmer*innen zu einem Kaffee im 700 m entfernten Café Pieper in Bergisch Gladbach-Schildgen ein. Bitte bei der Anmeldung Café-Teilnahme angeben.

Wegbeschreibung zum Schulmuseum Bergisch Gladbach-Katterbach

PKW:
A3, Ausfahrt Leverkusen, Richtung Bergisch Gladbach-Bensberg nach Schildgen, an der Altenberger Domstraße rechts bis Abzweig Zentrum, hier links in die Kempener Straße. Das Museum liegt nach ca. 1 km auf der rechten Seite.

ÖPNV:
Köln Hauptbahnhof ab 10.07 Uhr, S-Bahn-Linie S11 bis Endhaltestelle S-Bahnhof Bergisch Gladbach, von dort Buslinie 227 ab Bergisch Gladbach 10.31 Uhr in Richtung Leverkusen bis Haltestelle Katterbach an 10.43 Uhr.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Bei allen Führungen und Ausflügen unserer Ruheständler*innen gilt unabhängig von den Auflagen des jeweiligen Veranstaltungsortes die 3G-Regel der GEW Stadtverband Köln, die von unseren Kolleg*innen vor Beginn überprüft werden. Wir bitten dies bereits bei der Anmeldung zu den Veranstaltungen zu beachten und den Nachweis am Veranstaltungstag mit sich zu führen.

Das M K M (Museum Küppersmühle für moderne Kunst)

residiert in einem ehemaligen Duisburger Hafenspeicher und soll in diesem Jahr endlich komplett fertig werden.

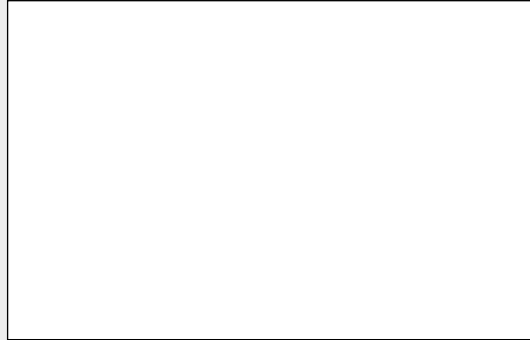
Am Donnerstag, den 20. Januar 2022, wollen wir es gemeinsam besuchen.
Die Führung beginnt um 11.15 Uhr und dauert 1,5 Stunden.
Der Eintritt kostet für Gruppen ab 10 Personen 6 Euro pro Person.

Wir möchten mit der Bahn anreisen (Gruppentickets für je 5 Leuten; der Preis wird umgelegt). Dafür treffen wir uns um 9.30 Uhr an der Infotheke im Kölner Hauptbahnhof zur Fahrt mit dem RE1; Weiterfahrt in Duisburg mit dem Bus 934. (Die präzisen Abfahrtszeiten stehen wegen des Fahrplanwechsels im Dezember noch nicht fest.)

Für unverbesserliche Autofahrer*innen gibt es Parkmöglichkeiten am Museum.

Das Haus ist behindertengerecht.

Bitte gebt bei der Anmeldung bekannt, ob Ihr auf dem gemeinsamen Ticket mitfahren wollt. Anmeldungen - bzw. im Verhinderungsfall auch wieder Abmeldungen - per E-Mail an kontakt@gew-koeln.de oder telefonisch unter 0221-516267.



Einladung zur Mitgliederversammlung (MV) der GEW Köln

Wann: Mittwoch, den 26.1.2022, von 17h30 – 20h00

Wo: Altenberger Hof, Mauener Str. 92, 50733 Köln

Es gelten die 3G-Regeln – bitte einen entsprechenden Nachweis mitbringen! Um die Veranstaltung besser planen zu können, bitten wir um Anmeldung an kontakt@gew-koeln.de mit Angabe eurer vollständigen Kontaktdaten (vollständiger Name, Adresse & Telefonnummer). Danke!

Vorläufige Tagesordnung:

TOP 1: TV-L Tarifrunde 2021

TOP 2: Wahl der Delegierten* zum NRW GEWerkchaftstag vom 19. bis 21. Mai in Wuppertal

TOP 3: Anträge & Entscheidungen

a) Anträge zur Satzung und Wahlordnung

b) Sonstige Anträge

TOP 4: Austausch zur aktuellen Situation in den Bildungseinrichtungen

TOP 5: Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum 19. Januar in der Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

* Kandidaturen als Delegierte zum NRW GEWerkchaftstag sind herzlich willkommen. Wenn du kandidieren möchtest, kannst du dich formlos unter kontakt@gew-koeln.de melden. Für Kurzentschlossene wird auch die Möglichkeit bestehen bis zum Schluss der Kandidat:innenliste auf der MV selbst noch zu kandidieren. Es vereinfacht allerdings den Ablauf der MV sehr, wenn du dich vorab bei uns meldest.